

Althausen Kreiszeitung

Ämtliches Kreisblatt für den Landkreis Althausen — Zentral-Organ für das nordwestliche Münsterland

verbunden mit Eper Volksblatt, Gronauer Volkszeitung, Nienborg-Seecker Zeitung, Stadtholmer Anzeiger, Vredener Volksblatt
scheint täglich. — Bezugspreis: Monatlich 2 Goldmark ohne Befreiung.
Schriftleitung und Geschäftsstelle in Althausen.
Tel.-Adresse Kreiszeitung Althausen 1. W. — Fernsprecher Nr. 50 — Postfach Nr. 22739
Postfachkonto Hannover Nr. 22739
Bankkonten: Kreis- und Stadtparkasse Althausen und Gewerbebank Althausen

Wöchentliche Sonderbeilagen:
Erholungsfunden für das christliche Volk, Westdeutschland in Wort und Bild, Leseblätter, Welt und Wissen, Literatur und Kunst, Frauenwelt, Steuer und Recht, Sozialpolitik u. Standesfragen, Technik und Verkehr, Turnen, Spiel und Sport.

Anzeigenpreise: Das 30 mm breite mm 10 Goldprennig. Bei Wiederholungen Rabatt nach festem Tarif. Reklamen: Das 80 mm breite mm 50 Goldprennig. Zur Erfüllung von Plagvordrücken wird keine Gewähr, sowie für Druckfehler verantwortlich übernommen. Erwerber Rabatt gilt als Kassarabatt und kann verweigert werden, wenn Zahlung nicht binnen 8 Tagen nach Erhalt der Rechnung erfolgt.

Nummer 116

Althausen, Donnerstag, den 28. April 1926.

46. Jahrgang

Ablehnung des Gemeindebestimmungsrechts

■ Berlin, 28. April. Nach umfangreicher Debatte im Ausschuss über die Frage des Gemeindebestimmungsrechts, an der Freunde und Gegner desselben teilnahmen, wurde ein Antrag, der das Gemeindebestimmungsrecht im Entwurf des Schankstättengesetzes angenommen wissen will, mit 15 gegen 14 Stimmen angenommen, desgleichen wurde eine Zentrumsentscheidung angenommen, die eine Prüfung der Mißstände im Konzeptionswesen verlangt. Endlich wurde mit allen gegen 2 Stimmen ein Antrag angenommen, der schnelle Vorlegung eines Schankstättengesetzes gegen den Alkohol verlangt.

Unsere Berliner Redaktion übermittelt uns dazu folgenden ausführlicheren Bericht: Im Haushaltsausschuss des Reichstages ist am Mittwoch der Versuch der Sozialdemokraten und Kommunisten, ein Gesetz über das Gemeindebestimmungsrecht in Deutschland durchzuführen, gescheitert. Es wurde ein demokratischer Antrag angenommen, der sich gegen das Gemeindebestimmungsrecht ausspricht und zwar mit 15 gegen 14 Stimmen. Für das Gemeindebestimmungsrecht stimmten die Sozialdemokraten und Kommunisten, weiterhin die demokratische Abgeordnete Frau Dr. Bäumer, die Zentrumsdemokraten und Kommunisten, alle anderen Mitglieder stimmten dagegen. Von der Zentrumspartei sprachen Abgeordnete Andre und Frau Abgeordnete Weber. Der erstere Redner wies darauf hin, daß unter den gegebenen Verhältnissen erhebliche Gefahren für die Volksgesundheit und Volkssicherheit bestehen. Der Alkoholismus sei aber gegenüber der Friedenszeit dank der vorbildlichen Arbeit der deutschen Mächtigkeitsbewegung ganz beträchtlich zurückgegangen. Ferner betrat der Redner den Standpunkt, daß in dem zu schaffenden Schankstättengesetz die Unterbringung von Trübsinnigen in Trinkerheime, die Verabfolgung geistiger Getränke an Volkstrunkenheit, der Bruch des Wirtschaftsvertrags, die Abgabe geistiger Getränke an Unfähige einer Trinkerheilanstalt, das Verabreichen geistiger Getränke an Jugendliche und Bestrafung und das Verbot von Vorkehrungen gegen die Verabreichung geistiger Getränke betrieben werden müsse. Damit würden die Mißstände besser bekämpft, als mit der Einführung eines Gemeindebestimmungsrechts. Die Zentrumsfraktion müsse der Eingabe des Reichsausschusses deutscher Katholiken für das Gemeindebestimmungsrecht weitgehend beitreten. Sie lehne aber in ihrem überwiegenden Teile das Gemeindebestimmungsrecht ab. Es sei festzustellen, daß die Vertreter mehrerer bürgerlicher Parteien ausgesprochen haben, daß sie Wort für Wort die Ausführungen des Zentrumsdemokraten unterzeichnen könnten. Es handele sich für sie nicht darum, die Mißbräuche des Alkohols nicht zu bekämpfen zu wollen, sondern sie betrachteten eben alle das Gemeindebestimmungsrecht, das die unbedingte Herstellung alkoholischer Getränke weiter gestattet, als eine stumme Waffe. Die Ablehnung ergab die Annahme eines Antrages, der die Regierung ersucht, das Schankstättengesetz gegen den Alkoholismus schnellstmöglich dem Reichstag vorzulegen. Desgleichen wurde die Entschließung der Zentrumsdemokraten von Guérard, Tilling, Frau Weber und Andre angenommen, die dahin geht, die Reichsregierung zu ersuchen, baldmöglichst in eine Prüfung einzutreten über

1. die derzeitigen Mißstände im Schankstättengewesen unter dem Gesichtspunkte der Volksgesundheit, des Familienlebens und des Jugendschutzes, 2. die Mißstände bei Verleihung von Konzessionen, 3. ob zur Bekämpfung dieser Mißstände eine stärkere Heranziehung von Gemeindeangehörigen dienlich ist. Die Regierung wird nun in aller Kürze dem Reichstag den Entwurf eines Schankstättengesetzes vorlegen.

Das Aufwertungsbegehren.

Unter dem Kennwort „Sparer-Bund Dr. West“ ist dem Reichsministerium des Innern der Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens zwecks Abänderung der Aufwertungsgeetze vom 16. Juli 1925 eingereicht worden. Gemäß dem Gesetz über Volksbegehren und Volksentscheid mußten dem Antrage 5000 Unterschriften beigelegt werden. Das Reichsministerium des Innern wird nunmehr die Gültigkeit dieser Unterschriften zu prüfen haben und dann seine weiteren Entscheidungen über Zulassung oder Ablehnung des Volksbegehrens fällen. In dem ihm zu Grunde gelegten Gesetzentwurf wird eine Aufwertung von 50 Prozent gefordert. Der Sparer-Bund, der hinter diesem Volksbegehren steht, wird von dem bürgerlichen Reichstagsabg. West geführt.

Eine andere Sparer- und Aufwertungsgruppe, die als Reichsarbeitsgemeinschaft der Aufwertungsgeheiligten und Mieterorganisationen firmiert, geht auf eine hundertprozentige Aufwertung aus. Während aber die Sparer ihr Volksbegehren bereits eingebracht haben, will die Arbeitsgemeinschaft damit warten, um festzustellen, ob das von der Reichsregierung vorgesehene verfassungsändernde Gesetz zur Verhinderung des Volksbegehrens auf Aufwertung Annahme findet oder nicht. Sollte es angenommen werden, so will die Arbeitsgemeinschaft zunächst ein Volksbegehren zur Aufhebung dieses Gesetzes einleiten. Nach ihrem für das Aufwertungsbegehren vorbereiteten Gesetzentwurf soll in einer zehnjährigen Zwischenperiode nur ein Teil der Aufwertung einschließlich Zinsen den Gläubigern zufließen, während ein anderer Teil in einen besonderen Fonds geleitet wird, aus dem ein großes Wohnungsbauprogramm nach Aufhebung der Hauszinssteuer finanziert werden soll. Angesichts der Beunruhigung, die eine neue Aufwertungsagitation in die

Das Fürstentkompromiß gescheitert.

Abbruch der Verhandlungen im Rechtsausschuß.

Allgemeine Ratlosigkeit im Reichstag. — Die zwiespältige Haltung der Deutschen Volkspartei. — Eine letzte Rettungsaktion des Zentrums.

Von unserer Berliner Redaktion.

— Berlin, 28. April (Drahtb.).

Der Reichstag hat heute ein Bild heilloser Verwirrung. Was man schon am Dienstag hatte voraussehen können, trat ein: Das Fürstentkompromiß scheiterte im Rechtsausschuß. Der Vertreter des Zentrums, Abgeordneter Schulte-Braun, der zu Beginn der Sitzung erklärte, daß angesichts der Stellungnahme der Deutschnationalen und der Sozialdemokraten eine weitere Beratung zwecklos sei, hatte unzweifelhaft das richtige Urteil gefällt. Doch einen gewichtigen Teil der Schuld hätte er auch ohne Bedenken der Deutschen Volkspartei zuschieben können, denn gerade diese Fraktion wußte in unglücklicher Verkennung der Volkspolizei fortgesetzt die Behandlung des Fürstentkompromißes zu hemmen.

Infolge des Scheiterns des Kompromißes war keine gemeinsame Basis für die Regierungsparteien mehr vorhanden. Man wollte jedoch das Spiel nicht ganz verloren geben und machte daher den Versuch, durch Einberufung des internationalen Ausschusses, der beinahe ausschließlich aus Mitgliedern der Koalitionsparteien besteht, wieder die aus dem Leim gegangene Einheitlichkeit zusammenzuflicken. Die Mühe war indessen vergebens. Das Zentrum, die Demokraten und die Bayerische Volkspartei hätten sich schließlich wieder zusammengefunden, aber die Deutsche Volkspartei erklärte durch den Mund ihres Vorsitzers, daß sie zwar bereit sei, an dem Kompromiß wieder mit zu arbeiten, daß sie jedoch der Meinung sei, die Entscheidung könne bis über den Juni hinaus verschoben werden. Hierbei ließ sich, die Deutsche Volkspartei von der Idee leiten, daß bis zu diesem Zeitpunkt der kommunistisch-sozialistische Volksentscheid in negativem Sinne erledigt sein werde und daß die Deutschnationalen sich dann zur Mitwirkung bei einem neuen Kompromißentscheid entschließen würden. Das Liebhäugeln der Fraktion des Herrn Dr. Stresemann mit den Deutschnationalen hat sich also wieder einmal intensiver gezeigt, als die Rücksicht auf Volk und Vaterland hätte die Deutsche Volkspartei aus nur einem Schimmer von der tatsächlichen Volksweltung, so könnte sie ein solches Spiel mit dem Feuer nicht treiben. Selbst die Deutschnationalen fänden übrigens das Liebhäugeln der Deutschen Volkspartei unangenehm empfunden haben, denn Graf Westar, der im Plenum des Reichstages eine derart provozierende Brandrede, daß in einer Sinnesänderung der Deutschnationalen nicht zu denken ist. Dann dürfte auch in den Reihen der Deutschen Volkspartei langsam das Bewußtsein aufdämmern, daß ihre Schankelpolitik verfehlt ist.

Die Demokraten legen in der Sitzung des internationalen Ausschusses einen Abänderungsantrag zu dem sozialdemokratisch-kommunistischen Entgegnungsgegentwurf vor, der am Donnerstag dem Reichstagsplenum vorgelegt werden soll. Dieser demokratische Antrag besagt:

„Dem Art. 1 ist folgender Absatz 3 anzufügen: Jedoch haben die Länder durch Gesetz den Fürsten und Mitgliedern der Fürstenhäuser, die bis zur Staatsumwälzung im Jahre 1918 in den Ländern regiert haben, aus der enteigneten Vermögensmasse ein Abfindung zu gewähren, die Öffentlichkeit tragen würde, wäre zu wünschen, daß noch im letzten Augenblick die Aufwertungsbegehren abgelehnt werden könnten. Der von der Regierung eingeschlagene Weg wird aber von verschiedener Seite aus juristischen, politischen und psychologischen Gründen für nicht richtig gehalten.“

Die Berufsvertretungen des Handwerks zur Aufwertungsfrage.

■ Berlin, 28. April. In dem von Interessentenverbänden z. B. betriebenen Volksbegehren, mit dem eine Abänderung der Aufwertungsgeetze verlangt wird, haben die Vorstände der deutschen Handwerks- und Gewerbevereine und des Reichsverbandes des deutschen Handwerks Stellung genommen. Von den beteiligten Fraktionen wird erwartet, daß sie dem Begehren nach einer Abänderung der Aufwertungsgeetze mit aller Bestimmtheit entgegenstehen.

Keine Freigabe des Reihler Hafens.

Die Zentralkommission für die Rheinschifffahrt, die in Duisburg getagt hat, hat in der Frage der Freigabe des Reihler Hafens beschlossen, die für die Häfen von Straßburg und Rehl bestehende Übergangsordnung

ihnen eine angemessene Lebenshaltung ermöglicht. Diese Abfindungspflicht können die Länder auch durch gesetzliche Bestätigung bereits abgeschlossener Verträge erfüllen.“

Dieser Antrag ist von den Vertretern des Zentrums, der Deutschen und der Bayerischen Volkspartei nicht unterschrieben worden. Um 5 Uhr traten die Vertreter der Demokraten, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei noch einmal zusammen. Diese Besprechung verlief ergebnislos.

Der Zentrumsfraktion erwuchs nach dem Versagen aller Vermittlungsversuche nunmehr die Aufgabe, zu retten, was überhaupt noch zu retten sein könnte. Die Fraktion trat um die fünfte Abendstunde zu einer gut besuchten Sitzung zusammen. Nach einer eingehenden Aussprache über die schwierige Situation wurde der einheitliche Beschluß gefaßt, einen selbständigen Antrag betreffend die Auseinandersetzung mit den früheren regierenden Fürstenhäusern dem Reichstag zu unterbreiten. Ein sechsmitgliediger Ausschuss, bestehend aus den Abgeordneten Bell, Schulte, Wegmann, Bodius, Joos und Esser, erhielt den Auftrag, einen entsprechenden Gesetzentwurf zu formulieren. Nach Verlauf von einigen Stunden versammelte sich die Fraktion abermals, um die Berichterstattung des Ausschusses entgegenzunehmen. Der Gesetzentwurf hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Ueber alle nicht erledigten Streitigkeiten zwischen den deutschen Ländern und den vormals regierenden Fürstenhäusern betreffend die vermögensrechtliche Auseinandersetzung einschließlich Auslegung abgeschlossener Auseinandersetzungen entscheidet ein besonderes Gericht. In diesem Gericht müssen Laien maßgebend mitwirken.

§ 2. Für die vermögensrechtliche Auseinandersetzung gelten folgende Grundsätze:

1. Infolge der Staatsumwälzung von 1918 ist die staatsrechtliche Stellung der Fürstenhäuser und ihrer Mitglieder völlig verändert, auch bezüglich ihres Vermögens zu den bisher in ihrem Besitz oder in ihrer Ausübung befindlichen Vermögenswerten.

2. Als Privateigentum des Fürstenhauses oder seiner Mitglieder gilt, ohne Rücksicht auf ergangene Urteile, nur das, was sie erwirtschaftet auf Grund eines Privateigentums mit Ausnahme der Erstung erworben haben:

a) mit privaten Mitteln, b) unentgeltlich und auch nicht gegen Leistung, die sie nur kraft ihrer staatsrechtlichen Stellung bewirken konnten.

3. Die Folgen des verlorenen Krieges und der Verarmung des Volkes haben die Fürstenhäuser mitzutragen. Dabei ist auch die gesamte Vermögenslage der Fürstenhäuser und der ihnen verbliebenen Anteile im Gesamtgrundbesitz des Landes entscheidend zu berücksichtigen.

4. Bei Aufwertungsansprüchen dürfen die Fürstenhäuser nicht besser gestellt werden als andere Staatsbürger.

§ 3. Zinsverlusten und ähnliche Renten fallen fort.

§ 4. Den Ländern sind Vermögensgegenstände, die sie aus Gründen der Kultur, der Volksgesundheit oder zu Städtischen Zwecken beanspruchen, zuzuteilen.

§ 5. Auf Ansprüche der in den Artikeln 57, 58 Abs. 1 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch sowie in dem Gesetz vom 25. März 1904 (R. G. Bl. S. 149) bezeichneten Käufer und ihrer Rechtsnachfolger sind die vorstehenden Bestimmungen sinngemäß anzuwenden.

§ 6. Zur Ausführung dieses Gesetzes ist ein besonderes Reichsgesetz zu erlassen.

Die Zentrumsfraktion stimmte einstimmig diesem Entwurf zu, der noch am späten Abend dem Reichstagsbüro zugeleitet wurde. Mit diesem Schritt hat das Zentrum eine letzte Initiative zu einer der Moral und dem Reichsgefühl dienenden Regelung der Auseinandersetzung der Länder mit den Fürsten ergriffen, eine Initiative, die man bei den übrigen Fraktionen leider vermissen mußte. Am Donnerstag wird es sich nun zeigen müssen, ob die Koalitionsparteien und schließlich auch die Deutschnationalen gewillt sind, auf eine vom Zentrum bereitete Plattform zu treten.

seinem gegenwärtigen Zustand für den französischen Versuch mehr als ausreicht. Der Einspruch hat aber leider nur den Erfolg gehabt, daß die von Frankreich geforderte Verlängerungsfrist auf die Hälfte verkürzt wurde. Nicht berührt wird die militärische Besetzung, die den Brückenkopf Rehl umfaßt. Hier hält Frankreich an der Höchstbegrenzung des Friedensvertrages mit 15 Jahren fest.

Der Schluß im Rechtsausschuß.

Die Verhandlungen über das Fürstentkompromiß als aussichtslos abgebrochen.

■ Berlin, 28. April.

Die Verhandlungen des Rechtsausschusses über das Fürstentkompromiß sind am Mittwoch mittags nach sehr bewegter Debatte für unbestimmte Zeit unterbrochen worden. Ueber den Verlauf der Sitzung ist im einzelnen folgendes zu berichten:

Vor Eintritt in die Tagesordnung verlangte Abg. Neubauer (Komm.) Abstimmlung über die bisher zurückgestellten Punkte, damit endlich Klarheit geschaffen werde.

Abg. Schulte-Braun (Z.) erklärte namens der Zentrumspartei, daß er bei der Stellungnahme der Deutschnationalen und der Sozialdemokraten eine weitere Beratung für zwecklos halte, solange diese Fraktionen nicht einigüßig und klar sagen, ob sie überhaupt bereit seien, einer Lösung auf mittlerer Linie zuzustimmen.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) erklärte, daß auch er eine Weiterberatung gegenwärtig ebenfalls für zwecklos halte. Man solle den heute im Plenum anstehenden Enteignungsentscheidungen zunächst erledigen.

Abg. v. Richthofen (Dem.) meinte, es müsse noch vor dem Volkstischlagfrage gestellt werden, ob der Reichstag im Stande und gewillt sei, eine mittlere Lösung zu suchen.

Abg. Wunderlich (D. Vpt.) vertrat den Standpunkt, daß eine Parallelberatung keinen Zweck habe. Die Deutsche Volkspartei jedenfalls hätte sich die größte Mühe gegeben, um ein Zustandebkommen des Kompromißes zu bewerkstelligen.

Abg. Barth (Dnl.) erklärte, die deutschnationale Fraktion sei in ihrer Mitarbeit in Anträgen bis in die äußerste Grenze gegangen. Das vorliegende Kompromiß ist jedenfalls für die deutschnationale Partei unannehmbar.

Abg. Haas (Dem.) betonte, um unabsehbare Schäden infolge des Scheiterns des Kompromißes zu vermeiden, sei ein neuer Vorschlag von seiner Fraktion in Erwägung gezogen worden. Redner erhob gegen die Regierungen den Vorwurf, daß sie leider nicht kräftig genug geführt habe.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) vermehrte ebenfalls die entscheidende Führung der Regierung.

Reichsjustizminister Dr. Marx erklärte, daß eine Initiative der Reichsregierung von vornherein auf dieselben Schwierigkeiten gestoßen wäre, wie sie im Kompromiß den Regierungsparteien entgegenstanden.

Abg. Everling (Dnl.) stellte fest, eine historische Schuld treffe die Demokraten, die jetzt wieder durch ihren Abänderungsantrag zum Volksentscheid der Enteignung Wehlfürge leisteten.

Abg. Pfleger (Bav. Vpt.) erklärte, er habe vorbehaltlich grundsätzlicher Bedenken gegen einzelne Bestimmungen von untergeordneter sachlicher Bedeutung an der Gestaltung des Entwurfs mitgearbeitet.

Nunmehr gab der Vorsitzende, Abg. Kahle (D. Vpt.) eine Erklärung ab, daß er für seine Person glaube, daß der Zeitpunkt kommen werde, in dem der Reichstag wieder auf die unentbehrliche Arbeit der Kompromißparteien angewiesen sein werde. Im gegenwärtigen Augenblick sei es allerdings richtig, dem Antrage auf vorläufige Unterbrechung der Verhandlungen im Rechtsausschuß zuzustimmen.

Darauf vertagte sich der Ausschuss.

Die Fürstenteignung vor dem Reichstage.

■ Berlin, 28. April.

Auf dem Platz des Abg. Bod (Soz.), der heute seinen 80. Geburtstag feiert, steht ein riesiger Strauß roter Nelken.

Präsident Loebe beglückwünscht unter allseitigem Beifall den Alterspräsidenten und betont dabei, daß Abg. Bod dem Reichstag schon seit 42 Jahren angehört. Ohne Aussprache wird das deutsch-griechische Abkommen wegen Aufhebung des Ausführungszwanges für Erfindungspatente in allen drei Reichungen angenommen.

Ein Nachtragsetat für 1925 wird dem Haushaltsausschuß der Gesetzentwurf über die Bestrafung des Zweikampfes, dem Rechtsausschuß überwiesen.

Es folgt die erste Beratung des durch Volksbegehren an den Reichstag gekommenen Gesetzes über die Enteignung der Fürstentvermögen.

Auf Antrag des Abg. Dr. Frid (Dnl.) wird damit die Beratung eines bürgerlichen Antrages verbunden, der die Enteignung der „Kant- und Vörsenfrühen“ fordert.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) bezeichnet es als einen Triumph der Sozialdemokratie, daß beim ersten Volksbegehren 12½ Millionen Stimmen für

den Enteignungsantrag abgegeben wurden. Viele dieser Stimmen seien von Wählern aus den Parteien der Rechten gekommen. Die Wähler hätten sich in diesem Falle einfachst gezeigt, als die Parteiführer. (Unruhe und Widerspruch rechts.) Die unerbörte Habgier der Fürsten, die durch die Justiz noch unterstützt wurde, (Große Unruhe rechts) habe dem Volksbegehren viele Stimmen aus allen Parteien zugeführt. Die unerschütterliche Gier nach Reichum sei das Kennzeichen der deutschen Fürsten. Die deutsche Klassenjustiz habe diese Gier unterstützt und sich auf veraltete Rechtsnormen gestützt, als wenn es eine Staatsumwälzung gegeben hätte. Wenn je eine Enteignung berechtigt ist, dann gegenüber den deutschen Fürsten. Sie haben das deutsche Volk in den Krieg geführt (Lärm bei den Deutschenationalen und Ruhe: „Schämen Sie sich! Geschichtslüge!“). Sie sind habfür für das Unglück, das sie über das deutsche Volk gebracht haben. Das die Deutschenationalen das Enteignungsgebot als Raub und Diebstahl bezeichnen, ist nicht verwunderlich, aber schwer verständlich ist es, daß die Regierung sich in ihrem Entschluß auf die Seite der Deutschenationalen stellt. Ganz unzutreffend ist das Rechtsgutachten, wonach das Gesetz zur Fürstenteignung verfassungsgemäß sei. Die Enteignung zu Gunsten des Allgemeinwohls erfolge.

Abg. Graf von Westarp (Dnark): Die Sozialdemokraten berufen sich auf die 12½ Millionen Stimmen für das Volksbegehren. Sie erwähnen aber nicht die 27 Millionen, die sich nicht eingetragen haben, also dagegen sind. (Widerpruch und Gelächter links.) Mit tausend Unwahrheiten ist die Agitation für die Fürstenteignung getrieben worden. Wenn behauptet wird,

Kaiser Wilhelm sei gestochen, so muß festgestellt werden: Nachdem am 9. November 1918 Prinz Max von Baden bewußt wahrheitswidrig die Abdankung des Kaisers verkündet hatte, hat der Kaiser ein schweres persönliches Opfer gebracht um den Bürgerkrieg zu vermeiden und in seiner Person ein Hindernis für einen günstigeren Frieden herbeizuführen (Widerpruch und Lärm links). Wenn Abg. Nothmann sagte, die deutschen Fürsten hätten uns in den Krieg geführt, so drückt er damit Deutschland das Brandmal der Schuld auf. (Widerpruch, rechts, Lärm links). Die Lügen und Verleumdungen, mit denen Sie (nach links) arbeiten, erfüllen uns mit unfähigem Gekel. (Lärm und erregte Zurufe links). Präsident Ebert ruft einen Zwischenruf zur Ordnung. Viele Revolutionsgewinnler zeigen sich in ihrer jämmerlichen Niedrigkeit. Wenn ihre Namen längst vergessen sind, werden die Namen unserer deutschen Fürsten noch in hellem Glanze strahlen. (Handklopfen bei den Deutschenationalen, Widerpruch und Lärm links.)

Abg. Dr. Wunderlich (D. Vp.): Gibt für seine Fraktion eine kurze Erklärung ab, in der es heißt: Die Volkspartei steht in der Enteignungsvorlage eine brutale Entrechtung einer Gruppe von Staatsbürgern. Diese Entrechtung widerspricht nicht nur dem Wortlaut, sondern auch dem Geist der Verfassung.

Abg. Neubauer (Komm.) bezeichnet das Ergebnis des Volksbegehrens als den eindeutigen Ausdruck des Volkswillens für die Fürstenteignung. (Die Abgeordneten der Deutschenationalen und der Deutschen Volkspartei verlassen den Saal.) Für die angeblich Wehrlosen arbeiten die Fürstenteignung aus den Parteien der Rechten wie Graf Westarp. — (Präsident Ebert rügt diese Bemerkung.) — Die deutsche Regierung hat in London beim Damespatt die deutsche Selbstständigkeit für 800 Millionen veräußert. Den Fürsten will sie den dreifachen Betrag geben. (Lärm! Hör! bei den Kommunisten.)

Abg. v. Richthofen (D.) wendet sich gegen die Rede des Abg. Graf Westarp. In den Fragen der Auseinandersetzung mit den Fürstentümern werde die Anwendung des geltenden formalen Rechts zum schlimmsten Unrecht gegen das Volk. Darum sei eine gesetzliche Regelung nicht zu umgehen. Die Fürstentumskommunen können nicht von der deutschen Schicksalsgemeinschaft ausgenommen werden. Man kann nicht ihnen allein ihr früheres Vermögen sichern, während alle anderen Volksgenossen als Folge der allgemeinen deutschen Not vieles, manche alles verloren haben. Dem vorliegenden Enteignungsgesetz können wir nicht zustimmen, weil es große Ungerechtigkeiten enthält. Es besteht beweiskräftig keine Veranlassung den durchaus volkswidrigen

Prinzen Max von Baden zu enteignen.

Die Angriffe des Grafen v. Westarp gegen ihn sind eine historische Unwahrheit. Der Abg. Graf Bernstorff kann das als Augen- und Ohrenzeuge nachweisen. Selber ist das Kompromiß an dem Widerstand der großen Fraktionen gescheitert. Wir werden darum zur weiteren Lösung des Enteignungsgesetzes den Änderungsantrag einbringen, daß die Länder den enteigneten Fürstentümern durch Landesgesetz eine Abfindung zu gewähren haben, die ihnen eine angemessene Lebenshaltung erlaubt.

Reichsinnenminister Dr. Kili: Die Reichsregierung hat von vornherein ausgeprochen, daß sie mit dem durch das Volksbegehren geforderten Enteignungsgesetz nicht einverstanden ist.

Auch die sozialistischen Regierungen nach der Revolution haben sich immer gegen entschädigungslose Enteignung ausgesprochen.

Die Revolution hat es veräußert, das Problem der Auseinandersetzung mit den Fürsten zu lösen. Die zu weitgehenden Ansprüche der Fürstentümer haben jetzt das Problem wieder ausgetrieben. Unter dem parlamentarischen Regime wäre es erwünscht, daß die Lösung nicht durch Volksabstimmung, sondern auf parlamentarischen Wege erfolgt. Die Kommunisten verfolgen mit dem Volksentscheid noch politische Lebensziele, die die Regierung unmöglich billigen kann.

Die Regierung will die Hoffnung nicht aufgeben, daß es den Parteien des Reichstages doch noch gelingen wird, sich zu einer geordneten Lösung des Problems zusammenzufinden.

Abg. Schulte (Ztr.) verliest eine längere Erklärung der Zentrumsfraktion gegen das Enteignungsgesetz. Dieses Gesetz wäre nicht nur

ein schwerer Eingriff in das formale Recht, sondern auch eine Durchbrechung des Grundsatzes der Grundgesetze vom Eigentum. (Unruhe links.) Die in der Vorlage enthaltenen Bestimmungen über die Verwendung des enteigneten Fürstentumsvermögens für die Kriegs- und Inflationsopfer sind geeignet, die Begehrtheit der breiten Volksschichten durch trügerische Hoffnungen zu steigern. (Lärm links, einige Besucher der Publiktribüne rufen: „Wir hungern, und er wirft uns Begehrtheit vor!“). Diese Hoffnungen würden trügerisch sein, denn die aus der Enteignung stammenden Mittel würden niemals zur Linderung der Not dieser Volksschichten ausreichen. Das Zentrum erstrebt eine Lösung, die den Grundgesetzen des Rechts, aber auch den veränderten staatlichen Verhältnissen und der Verarmung des Volkes Rechnung trägt. Wir haben im letzten Kompromißantrag eine solche Lösung gefunden, der bei gutem Willen auch die Fraktionen zustimmen könnten.

Abg. Lampe (D. V.) und Abg. Pfleger (Bayr. Vp.) verlesen Erklärungen ihrer Fraktionen, die gleichfalls die Ablehnung des Enteignungsgesetzes fordern.

Abg. Dr. Fried (Balk.) wendet sich gleichfalls gegen die Enteignungsvorlage und bezeichnet das Volksbegehren in diesem Fall als verfassungswidrig.

Die Weiterberatung wird um 6.15 Uhr auf Donnerstag 2 Uhr vertagt.

Auf der Tagesordnung steht weiter die zweite und dritte Beratung des Duellbestrafungsgesetzes. Ein völkischer Antrag auf Aussetzung der dritten Beratung wurde nicht ausreißend unterstützt.

Der deutsch-russische Vertrag.

Festsetzen beim Reichsaussenminister Dr. Stresemann.

▲ Berlin, 28. April. Anlässlich des Abschlusses des deutsch-russischen Vertrages gab Reichsaussenminister Dr. Stresemann gestern mittag ein Essen, zu dem der Vizepräsident des Reichstages mit den Herren der Botschaft, sowie der Leiter der Handelsvertretung der Sowjetunion erschienen waren. Von deutscher Seite nahmen der Reichsminister Dr. Lütke, und verschiedene Mitglieder des Reichskabinetts, der preussische Ministerpräsident Brauns, die zuständigen Staatssekretäre und verschiedene Herren vom auswärtigen Amt teil. In einer kurzen Ansprache gab der Reichskanzler dem Wunsch Ausdruck, daß der Vertrag zu einer Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion sowie zur Förderung der von beiden Regierungen angestrebten friedlichen Entwicklung der Welt beitragen möge. Vizepräsident des Reichstages sprach aus seiner Freude über den Abschluß des Vertrages aus.

Eine deutsche Demarche in Bukarest.

▲ Berlin, 28. April. Die Reichsregierung hat an die rumänische Regierung eine Note gerichtet, in der sie ihr lebhaftes Verlangen über die Rumänien ausdrückt. Diamandi hat in einem Interview mit einem Vertreter des „Matin“ über den deutsch-russischen Vertrag erklärt, Deutschland zeige in Genf zwei Gesichter, das eine freundlich lächelnd und dem Abendlande zugewandt, das andere rachsüchtig und fordernd nach Rußland zugewandt.

Eine Aeußerung Brodorsky-Rangaus.

▲ Moskau, 28. April. Der deutsche Botschafter, Graf Brodorsky-Rangaus, hat über den deutsch-russischen Vertrag u. a. folgende Erklärung abgegeben:

Ich bin der Ansicht, daß dieser Vertrag eine Erhöhung der Kraft Deutschlands auf dem Gebiete internationaler Politik und der Weltwirtschaft bedeutet. Deutschland kann in seiner jetzigen Lage nur erkranken und sich dem ihm gebührenden Platz in friedlicher Arbeit stellen, wenn es allen Völkern den Beweis liefert, daß es entschlossen ist, seine neuen Kräfte aus friedlicher Entwicklung zu ziehen. Deutschland will aber nicht nur selbst als Friedensfaktor erscheinen, es will auch seine geographische Lage im Zentrum Europas dazu benutzen, eine vermittelnde Brücke zwischen den Völkern des Kontinents zu bilden. Der Vertrag, den Deutschland jetzt mit der Sowjetunion geschlossen hat, soll nach beiden Seiten den Weg ebnen. Das jüngste Uebereinkommen ist daher nicht nur ein Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion, sondern auch ein Freundschaftsvertrag mit Europa.

Erklärungen Vanderveldes.

▲ Brüssel, 28. April. Bei der Beratung des Budgets des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten im Senat erklärte Vandervelde u. a. zum Abschluß des deutsch-russischen Vertrages:

Man muß anerkennen, daß, sofern der Vertrag keine anderen als die bekannten Bestimmungen enthält, sich nichts darin befindet, was gegen den Wortlaut oder auch gegen den Geist der Abmachungen von Locarno verstößt. Deutschlands Antrag auf Zustimmung zum Völkerbunde bleibt bestehen. Die belgische Regierung ist mit der Prüfung der Zusammenfassung des Völkerbundes beauftragt. Sie läßt sich dabei von dem Wunsch leiten, das Inkrafttreten der Abmachungen von Locarno dadurch möglich zu machen, daß alle Hindernisse für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund unter dem im Jahre 1925 vorgesehenen Bedingungen aus dem Wege geräumt werden, und die Organisation des Völkerbundes zu festigen und seine Entwicklung zu fördern. Vandervelde will den Völkerbundrat nicht zu einem ständigen Organ gewisser Regierungen, sondern zu einer nach demokratischen Grundsätzen gestellten Vertretung der Völkerbundmitglieder gestaltet wissen.

Umgestaltung der Erwerbslosenfürsorge.

▲ Berlin, 28. April. Wie bereits angekündigt, hat sich das Reichskabinett in diesen Tagen mit der Frage der Umgestaltung der Erwerbslosenfürsorge beschäftigt. Es hat in Uebereinstimmung mit der Auffassung des Reichswirtschaftsrates und der meisten Länder beschlossen, sobald wie möglich den Übergang von dem gegenwärtigen Unterstützungssystem zu einem Unterstützungssystem nach Lohnklassen herbeizuführen. Das Reichsarbeitsministerium ist mit der Ausarbeitung einer entsprechenden Vorlage beauftragt. Um die nötige Zeit für die Vorbereitung und Einführung des neuen Unterstützungssystems zu schaffen, sollen die gegenwärtigen Unterstützungssätze, die an sich mit dem 1. Mai außer Kraft treten würden, noch bis zum 22. Mai in Geltung bleiben. Gleichzeitig beabsichtigt das Reichsarbeitsministerium, gleichzeitig den Beschäftigten des Kabinetts und den Wünschen der meisten Länder die geltende Anordnung über Kurzarbeiterfürsorge noch für zwei Monate zu verlängern.

Deutsches Reich.

Verlängerung des Mittelstandskredits.

Berlin, 28. April. Der dem Mittelstand seinerzeit zur Verfügung gestellte Kredit ist nunmehr auf weitere sechs Monate, also bis zum 30. November 1926, verlängert worden. Die Preussische Staatsbank beabsichtigt, mit Rücksicht auf den besonderen Zweck der Mittelstandskredite die Festsetzung des Zinsfußes für die Zeit vom 15. Juni bis 15. September am 10. Juni und für die Zeit vom 15. September bis 30. November am 10. September vorzunehmen.

Zwischenfall im Thüringischen Landtag.

▲ Weimar, 28. April. In der heutigen Landtags-Sitzung übte die sozialdemokratische Abgeordnete Frau Schaefer Kritik an der politischen Einstellung der Landesregierung. Auf einen Zwischenruf des nationalsozialistischen Abgeordneten Dinter entspann sich eine kurze Auseinandersetzung Dinters mit einem anderen Abgeordneten, die fast zu Tätlichkeiten führte. Die Sitzung wurde schließlich unter allgemeiner stürmischer Bewegung unterbrochen, nachdem Dinter vom Präsidium von der Teilnahme an der Sitzung ausgeschlossen war und den Saal verlassen hatte.

Dr. Fels über seine Regensburger Rede.

▲ Wschaffenburg, 28. April. Am zweiten Tage seiner Unterfrankenreise erklärte Dr. Fels in einer Rede in Wschaffenburg unter starkem Beifall u. a.:

Wenn er über die Außenpolitik seine eigene Meinung ausdrücke, so sei dies kein gutes Recht. Man dürfe ihm daraus keinen Vorwurf machen. Es solle dies auch keine Kritik der Reichsregierung sein. Derjenige, der das Vaterland am meisten, der im gegenwärtigen Augenblick den Druck des Krieges, auch einmal eine Warnung auszusprechen.

Vor der Entscheidung der englischen Bergbaureife.

Der Erfolg der Besprechungen Badwinds war, daß die Grubenbesitzer ihren unbedingten Standpunkt in der Frage der nationalen Lohnregelung und die Bergarbeiter den ihrigen gegenüber jeder Verabreichung der Löhne oder Verlängerung der Arbeitszeit preisgaben, wenigstens in diesen Punkten gegebenenfalls nachzugeben bereit sind. Aber die Bergleute sind vorläufig an die Beschlüsse der Reviere gebunden. Einige Reviere haben zwar beschlossen, den Führern freie Hand zu lassen, andere, und vielleicht die meisten, werden sich aber auf die unumgängliche Forderung, welche die Führer der ersten Vertretungskonferenz selbst empfahlen, festgelegt haben. Es bedarf also vielleicht einer nochmaligen Befragung der Reviere, um den Friedensschluß herbeizuführen. Man nimmt an, daß die Regierung in diesem Falle die Weisheit noch einige Tage weiterzählt, so daß die Grubenbesitzer inzwischen auch die alten Löhne beibehalten. Dies wird wohl auch schon deswegen nötig sein, weil die jetzt einfindenden ersten Verhandlungen der beiderseitigen Ausschüsse sich über den 1. Mai hinziehen können. Einen besonderen Eindruck soll Badwin mit der Mitteilung erzielt haben, daß die Zahl der Arbeitslosen in der letzten Berichtswochen zum ersten Male unter eine Million herabgegangen ist, woran er die Frage knüpfte, ob die beiden Parteien die Verantwortung für ein neues Anschließen der Zahl übernehmen wollten.

Jedenfalls erzielte Badwin so viel, daß am Dienstag die Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wieder aufgenommen wurden, deren Ausgang man mit großer Spannung entgegenseht. Am Mittwoch morgen erhielt die Verhandlungskommission der Grubenbesitzer vom Zentralrat die Mitteilung über die Lage. Die Bergbauregulatorie berichtete darauf, daß in London wieder zusammengetretenen Delegiertenversammlung über die Kompromißverhandlungen am Dienstag. Die Delegierten berieten dann die neuen Instruktionen für ihre Unterhändler.

Keine Fortschritte in den Verhandlungen.

London, 28. April. Die Verhandlungen zur Beilegung des Konfliktes im englischen Kohlenbergbau wurden heute fortgesetzt. Die Konferenz der Bergbauregulatorie aller Kohlenbezirke hat sich auf morgen vertagt. Der Führer der Bergarbeiter teilte mit, daß bisher ein Fortschritt in den Verhandlungen nicht erzielt worden sei. Heute vormittag hielt unter dem Vorsitz Badwinds, der aus Vertretern der Grubenbesitzer und der Bergarbeiter paritätisch zusammengesetzte Ausschuss eine zweistündige Sitzung ab.

Ein baltischer Staatenbund?

In Reval hat am Dienstag eine Zusammenkunft des Reichstages mit dem estnischen Minister des Äußeren stattgefunden, der für die osteuropäische Politik besondere Bedeutung zukommt. Die Sowjetregierung hat bereits vor einiger Zeit den baltischen Staaten und Polen den Abschluß gegenseitiger Garantieverträge vorgeschlagen. Der genaue Inhalt dieser Vorschläge ist zwar nicht bekannt, man geht aber wohl in der Annahme nicht fehl, daß sie mit dem deutsch-russischen Vertrag starke Ähnlichkeit aufweisen werden. Da Polen mit Rumänien einen Bündnisvertrag hat, der sich deutlich gegen Rußland richtet, ist kaum anzunehmen, daß zwischen Polen und Rußland ein Vertrag ähnlich dem deutsch-russischen zustandekommen wird. Anders sieht es mit Litauen, Estland und Lettland. Diese haben an einem solchen Vertrag größtes Interesse, Litauen schon wegen Polens, das ihm Litua geraubt hat, die anderen beiden Staaten, um von Rußland wenigstens in etwa geschützt zu sein, da sie in militärischem Selbstschutz mit ihren wenigen Millionen Einwohnern zu schwach sind.

Die Revaler Besprechung galt aber nicht nur dem russischen Garantievertrag, sondern auch der Schaffung eines engeren Verhältnisses der baltischen Staaten zueinander. Nach einer Veröffentlichung der Rigaer Zeitungen hat Lettland dem benachbarten Estland die Bildung eines ständigen gemeinsamen beratenden Ausschusses vorgeschlagen, dessen Aufgaben darin bestünden, die äußere, innere, wirtschaftliche und finanzielle Politik der beiden Staaten zu vereinheitlichen. Nach Meinung des lettischen Außenministers könnte dieser Ausschuss, der die Parlamente und die Regierungen der beiden Länder vertreten würde, sich allmählich zu einem gemeinsamen Oberparlament entwickeln. Die anderen baltischen Staaten könnten später beitreten. Aus dem Gefühl der Schwäche heraus scheint sich also hier zunächst eine lettisch-estnische Union herauszubilden, die sich später möglicherweise durch Hinzutritt Litauens und Finnlands zu einem baltischen Staatenbund erweitern wird. Bei dem jetzigen Verhältnis Litauens zu Polen haben verständlicherweise Lettland und Estland fürs erste kein Interesse daran, durch nähere Einigung an Litauen sich in den polnisch-litauischen Konflikt hineinziehen zu lassen, zu dessen Lösung sich der Völkerbund bekanntlich nicht imstande gezeigt hat.

Die Friedensverhandlungen in Udichda.

Weitere Zugeständnisse an die Riffleute.

Paris, 28. April. Die Berichte aus Udichda bereiten auf neue französische Zugeständnisse vor, wenn auch der Ansicht widersprochen wird, daß die Eröffnung der offiziellen Konferenz vor Erfüllung der Bedingungen als ein Sieg der Riffleute zu werten sei. Es sei wohl ein Sieg, schreibt die „Information“, aber ein Sieg der Vernunft und der Logik. Es bestehe kein Grund, das grundsätzliche Entgegenkommen der französisch-spanischen Unterhändler zu bedauern. Die beste Friedensgarantie bestehe daher in der Durchführung einer moralischen Friedensregel. Die Entfernung Abde el Krim scheint nicht mehr wünschenswert. Es habe sich herausgestellt, daß der Riffführer eine noch unbekannte Autorität genieße. Abde el Krim's weiteres Verbleiben im Gebiet sei eine sichere Gewähr für die Aufrechterhaltung der Ordnung und für die getreulichste Erfüllung der Friedensbestimmungen.

Der Druisenkrieg.

Die Einnahme von Sueida.

Paris, 28. April. Wie Sabas aus Beirut berichtet, hielten sich nach den bekannt gewordenen Einzelheiten über die Einnahme von Sueida heraus, daß die Schlacht sehr erbittert und der europäischen Kriegsführung vollkommen angepasst gewesen sei. Der von 11 französischen Bataillonen unternommene Angriff brach nach stündigem Kampf den Widerstand von 6000 Druisen, die eine ziemlich große Anzahl von Maschinengewehren und 2 Kanonen zur Verfügung hatten. Die Verluste der Franzosen beliefen sich auf 80 Tote und 270 Verwundete, die Verluste des Gegners sind sehr beträchtlich.

Neues aus aller Welt.

Der Abschluß der Berliner Hygieneausstellung.

Paris, 28. April. Die innerhalb der Reichsgesundheitswoche veranstaltete Allgemeine Deutsche Hygienemesse und Ausstellung Berlin 1926 hat heute ihre Pforten geschlossen. Sie hat einschließlich der beiden Vortage am Montag und Dienstag einen Gesamtbesuch von 115 000 Personen zu verzeichnen. An der Hygienemesse sind Verluste nach dem Zeit- und Auslande in beiderlei Hinsicht verzeichnet worden. Der Erfolg scheint

eine Wiederholung der Messe für das nächste und die folgenden Jahre bereits gesichert zu haben.

Bauunglück auf dem Großkraftwerk Rummelsburg.

▲ Berlin, 28. April. In der vergangenen Nacht stürzten auf dem Baugelände des Großkraftwerks Rummelsburg zwei Schloßer aus 20 Meter Höhe vom Gerüst und blieben mit schweren inneren Verletzungen bewußtlos liegen. Der Zustand der beiden ist besorgniserregend. — In der 10. Abendstunde hat sich ein neues schweres Unglück auf dem Neubau des Großkraftwerkes Rummelsburg ereignet. Infolge Einsturzes eines großen Kranes fielen die auf demselben beschäftigten Arbeiter aus erheblicher Höhe hinab. Nach den ersten Feststellungen dürften dabei acht Arbeiter tödlich verunglückt sein. Von der Leitung des Großkraftwerkes sind sofort die nächsten Krankenhäuser und Rettungsstellen benachrichtigt worden, die umgehend ihre Rettungswagen nach dem Unglücksort entsandt haben. Der Polizeipräsident von Berlin hat sich sofort im Kraftwagen nach Rummelsburg begeben.

Sieben Familien an Fleischvergiftung erkrankt.

▲ Berlin, 28. April. Im Südwesten Berlins erkrankten 7 Familien mit insgesamt 13 Personen nach dem Genuß von Schabe- und Kadelfleisch, das von hier geschleppt aus ausländischen Vieh stammte. Die Polizei beschlagnahmte aus den Beständen des in Frage kommenden Fleischhauers frisches Fleisch sowie Schabe- und Kadelfleisch und Bursch, um es untersuchen zu lassen.

Zwei Opfer eines Bootsunglücks.

▲ Köslin, 28. April. Auf der Ostsee kenterte vor Bahrenhafen (Kreis Köslin) ein mit 4 Personen besetztes Fischerboot, wobei zwei der Insassen ertranken.

Verhaftung von Banknotenfälschern.

▲ Wien, 28. April. Die Wiener Polizei verhaftete eine Reihe von Personen, bei denen falsche ungarische Banknoten im Betrage von 1 Million Kronen gefunden wurden.

Explosion in einer Pulverfabrik.

▲ Graz, 28. April. In der Pulverfabrik Trofatsch ereignete sich aus bisher unbekannter Ursache eine heftige Explosion, wobei zwei Arbeiter getötet wurden. Die nördliche Wand des Gebäudes wurde weggerissen und das Dach etwa 150 Meter weit fortgeschleudert. Die Erschütterung war so gewaltig, daß bei vielen Häusern die Fensterheben zertrümmert wurden.

Ein Heereslieferungsandal in Ungarn.

Budapest, 28. April. Das Landesverteidigungsministerium beobachtet schon längere Zeit bei gewissen Fouragelieferungen Unregelmäßigkeiten. Es wurde schließlich festgestellt, daß die Genossenschaft der Grundbesitzer und Pächter, die Bauabgesellschaft und die Genossenschaft Avena größere finanzielle und militärische Beihilfen erhalten und sich bei der Lieferung schwerer Verhältnisse hatten ausbilden lassen. Der Generaldirektor der erwähnten Genossenschaft, Haas, ein früherer Rittmeister, soll verschiedene Persönlichkeiten der Intendantur bestochen und zwei Intendanten sollen mehrere Millionen Besatzungsgelder erhalten haben, um diesen Unternehmungen die staatlichen Lieferungen zu sichern. Beide Intendanten und der Generaldirektor wurden verhaftet. Eine Anzahl hoher Offiziere sind bereits ihrer Posten entsetzt worden. Der Sonderminister verfügte, daß der mit der Genossenschaft der Grundbesitzer und Pächter abgeschlossene Lieferungsvertrag ohne Kündigung sofort aufgekündigt werde.

Schweres Eisenbahnunglück.

▲ Antwerpen, 28. April. Gestern entgleiste die Lokomotive einer Kleinbahn, wobei 3 Wagen umfielen. Etwa 50 Arbeiter wurden verletzt darunter 15 schwer.

Schwacher der Wolga.

▲ Moskau, 28. April. Die Wolga und ihre Nebenflüsse im oberen Wolgaregion sind aus den Ufern getreten. Der Fluß Kosmosa überflutet die Tertiärbildung Oreshkovo Suiemo. Acht Personen sind dort ertrunken, drei weitere verletzt und die Fabriken stillgelegt worden. Aus Moskau werden ebenfalls Menschenopfer gemeldet. Die Eisenbahnverbindungen zwischen den überfluteten Wladimir und Nischni-Novgorod ist unterbrochen. Die Bevölkerung zahlreicher Dörfer in der oberen Wolga rettet sich auf die Dächer ihrer Häuser.

Schweres Schiffunglück.

▲ Tokio, 28. April. Nach einer Meldung aus Sakabate ist der 1540-Tonnen-Dampfer „Chidshu-Maru“ gestern während eines Sturmes bei Soromushiro an den Kurile-Inseln gestrandet. 230 Personen werden vermisst.

Marshall Ramamura f.

▲ Tokio, 28. April. Der bekannte Heerführer im russisch-japanischen Krieg, der hochbetagte Marshall Viscount Ragaakra Ramamura ist gestorben.

Der Raubüberfall in Osendorf.

▲ Paderborn, 28. April.

Vor dem Schwurgericht in Paderborn wurde in fast zweitägiger Sitzung der Raubüberfall in Osendorf verhandelt. Am 11. Januar dieses Jahres brangen die Vergleite Verhöfth Knappe aus Osendorf und Fritz Nagel aus Unna abends gegen 9 Uhr in die Kaffeehölle, welche ca. 800 Meter von der Ortschaft Osendorf entfernt ist, ein. Sie schloffen die Haustüre hinter sich zu, schnitten an einem Abde die Schlösser durch und nahmen am Hauptkassett der elektrischen Lichtanlage die Sicherungen heraus, gingen also ganz planmäßig zu Werke. In der Nacht taten sie sich in der Küche an Speise und Trank an. Am anderen Morgen, um 7 Uhr, als die Eheleute, Milienbesitzer Ritting, aufgewacht waren und sich von dem im oberen Stockwerk befindlichen Schlafgemach nach unten begeben hatten, gingen die beiden Einbrecher verumumt noch oben und wählten Schränke u. Kommoden nach Wertgegenständen durch. Es fielen ihnen 100 Mark in bar, eine Uhr, ein Messerapparat und mehrere Sparflaschen in die Hände. Ein 13-jähriges Tochterchen der Eheleute Ritting trafen sie beim Ankleiden. Es mußte sich auf Geheiß wieder zu Bett legen. Inzwischen hatten die Rittings gemerkt, daß etwas im Hause nicht in Ordnung war. Sie schlugen Alarm. Der hierauf herbeigeeilte Anecht Drehe wollte die Einbrecher stellen, erhielt aber von einem der beiden einen Schuß in den Rücken, an dessen Folgen er fünf Wochen später starb. Die Einbrecher gaben dann im Kinderkassett, wo sich noch vier kleinere Kinder der Familie Ritting befanden, noch zwei Schüsse ab und entfernten sich dann durch das Fenster. Inzwischen hatte der Anecht Schauf ein Rad bestiegen und wollte vom nahen Osendorf Hilfe holen. Unterwegs stieß er auf einen der Einbrecher und erhielt einen Schuß ins rechte Auge und einen weiteren ins rechte Auge, wodurch er das rechte Augenlid verlor. Am Nachmittag desselben Tages wurden die beiden Einbrecher bei dem Dorfe Schwane von einem Aufgebot Landjäger gefasst. Es entwickelte sich ein Feuergefecht, in dessen Verlauf der Einbrecher Nagel, der sich allein sofort mit einer Pistole zur Wehr gesetzt hatte, einen Schuß in den Kopf bekam, der den Tod zur Folge hatte. Der andere, der jetzige Angeklagte Knappe, hat sich sofort ergeben. Die Angelegenheit ist laut auf erschwerenden Einbruch mit vorläufiger Anklage auf vorläufigen Mord mit Ueberlegung und auf unerlaubtes Waffentragen. Die Weisungnahme ergab gegen ihn ein so erdrückendes Material, daß das Gericht auf Verurteilung erkannte. Es verurteilte Knappe wegen eines schweren Raubüberfalles, dem ein Menschenleben zum Opfer fiel, zu 13 Jahren und drei Monaten Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust.

Kanzlerrede vor dem Industrie- und Handelstag.

Politik und Wirtschaft.

+ Berlin, 28. April.

Die diesjährige Tagung des Industrie- und Handelstages begann gestern Abend mit einem Begrüßungsabend, an dem u. a. Reichskanzler Dr. Brüning und fast alle übrigen Mitglieder des Reichstages sowie der preussische Ministerpräsident Braun teilnahmen. In einer Erwiderung auf eine Begrüßungsansprache des Reichspräsidenten ging

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius

von dem Gedanken aus, daß vom Standpunkte staats- bejahender Gesinnung aus Wirtschaft und Staatsver- waltung nur verschiedene Funktionen eines gemeinsamen Ganzen seien. Die deutsche Wirtschaftspolitik müsse aus den wirtschaftlichen Zuständen des Jahres 1923 herauskommen und zunächst die Voraussetzung für die Erhaltung der Währung und damit des Staates und der Wirtschaft schaffen. Schon jetzt könne von der Reichsregierung gemeinsam mit der Wirtschaft im einzelnen wieder daran gearbeitet werden, die staatlichen Maßnahmen den Anforderungen der Wirtschaft anzupassen.

Der Minister teilte ferner mit, daß das Reichswirtschafts- ministerium im Einverständnis mit dem Reichsban- direktorium dem Reichskabinett den Entwurf einer

Verordnung über die Aufrechterhaltung des Devisen- einheitsfußes und das Verbot des Devisen- ein- handels

vorlegen vorgelegt habe, eine Maßnahme, die ein Markt- sein auf dem Wege zu Deutschlands Währungs- und Geld- einheitsfuß führen wird. Sie bedeutet nichts weniger als den Ausbruch dafür, daß die Festigkeit der deutschen Währung heute über jeden Zweifel erhaben sei. Wir wissen uns nicht, so fuhr der Minister fort, bei unserer Wirtschaftspolitik auf neue Wege zu gehen. Ohne Rücksicht auf die Theorie des Kapitalismus übernimmt das Reich zur Wiederbelebung der Export- industrie und zur Erweiterung der Handelsbeziehungen nach Ausland zusammen mit den Ländern einen großen Teil des Risikos von Exportgeschäften im Ausmaß von 300 Millionen, eine Ausfallgarantie, die ihr Gegen- stand in der Sicherung des Devisenmittelbezuges in der Landwirtschaft gefunden hat. Auch die Export- versicherung ist ein solcher neuer Weg. Die Haupt- aufgabe der nächsten Zeit ist die

Befreiung des Staates und der Wirtschaft von unproduktiver Arbeit

und die Durchführung des Sparprogramms hier, die Rationalisierung dort. Die Erkenntnis der Notwendigkeit einer Verwaltungsreform zieht immer weitere Kreise. Die Verwaltungsreform wird sachgemäß abgegrenzt und neugestaltet werden müssen. Die Tätigkeit der öffentlichen Körperschaften wird auf das Maß des unbedingt Notwendigen beschränkt. Erst die volle Durchführung des Umstellungsprozesses wird die Erkenntnis des richtigen Verhältnisses zwischen Staat und Wirtschaft ermöglichen. Die Zeiten der sogenannten Staatswirtschaft sind vorüber, die Mühsal ist un- haltbar. Auf der anderen Seite wird der Staat sich nicht wieder dem Machtstreben des reinen Nationalismus, des Reichsüberstärkungs nahren dürfen. Schrankenlose Freiheit der wirtschaftlichen Einzel- oder Gesellschaftsunternehmungen kann der Staat um seiner selbst willen nicht mehr dulden. Es würde auch die Wirtschaft vernichten. Der Trinkspruch des Min- isters gipfelte in dem Wunsch, daß Staat und Wirt- schaft gemeinsam den rechten Weg aus unserer Not her- ausfinden werden.

Reichskanzler Dr. Brüning

hielt folgende Ansprache:
Wenn wir die Verhältnisse von heute in Politik und Wirtschaft mit denen bei Beendigung des Weltkrieges und andererseits beim Ende des Ruhrkampfes vergleichen, so sehen wir, daß

die Lage Deutschlands erheblich verbessert worden ist. Dieser Feststellung steht indessen ebenso sicher eine andere gegenüber, daß wir von einer wirk- lichen Genesung unseres Volkslebens noch sehr weit entfernt sind. Die Zahl der Erwerbslosen steigt eine erschreckende Zahl und die Eingliederung unserer Wirtschaft in das Welthandelsgerüst ist noch recht weit von dem erforderlichen Zustand entfernt. Nun ist schon seit Anfang 1925 die Ausfuhr tat- sächlich im Steigen begriffen. Der abgelaufene Monat März d. J. hat gegenüber dem Vormonat eine Steigerung um 140 Millionen Mark auf der Ausfuhr- seite gebracht. Daneben aber bleibt die Einfuhr bestehen, daß im Weltmarkt Deutschlands Anteil, der im Jahre 1913 1/4 umfaßte, bei der Ausfuhr im Jahre 1925 nur noch 1/4 beträgt; dennoch wäre es das Verfehlte, wollte man mutlos werden. Es ist ja auch nicht richtig, daß irgend eine neuzugewonnene zersplitterte Ursache die letzte Krise und Not hervorgerufen hätte. Nur die Schiefer sind gefallen, die durch die verschiedenen In- flationserscheinungen über den wirtschaftlichen Zustand gelegt waren. Jetzt erst sehen wir vor der wirtschaft- lichen Wirtlichkeit, wie sie ist. Wir dürfen jetzt wenigstens mit dem Bewußtsein an die Arbeit gehen, daß jetzt end- lich die wirkliche Arbeit beginnt.

Ein trostreiches Zeichen nach dieser Richtung ist das Einsetzen einer neuen Sparfähigkeit, ohne die eine auf Geld und Kredit angewiesene Volkswirtschaft überhaupt nicht aufgebaut werden kann. Die Höhe der Spareinlagen ist von noch nicht 1 1/2 Milliarden Mark Ende 1924 auf 2 1/2 Milliarden Mark Ende 1925 gestiegen, hat sich also in einem Jahr mehr als verdoppelt. Die Banksparten haben erheblich zu- genommen. An Pfandbriefen und anderen festverzins- lichen Werten sind in den ersten vier Monaten dieses Jahres 400 bis 450 Millionen Mark vom Kapitalmarkt aufgenommen worden. Von der fortwährenden Ge- sundung des gesamten Geld- und Kreditwesens legen bereits Zeugnis ab die sinkenden Unkosten- sätze im Geld- und Kapitalverkehr ab. Heute scheint mir die Stunde gekommen, wo die mit der Geld- und Kreditvermittlung befaßten Zweige des Wirtschafts- lebens aus ihrer gekrümmten Stellung die Pflicht her- leiten müssen, alle Kraft auf den Ausbau der übrigen Wirtschaft zu verwenden. Der Gefahr, die von den neuzeitlichen Aufwertungs- bestrebungen ausgeht, die ja, so menschlich er- wünschend diese Erscheinungen sind, gänzlich unerfüllbar ist, ist die Regierung sofort durch die ihnen bekannte Gesetzes- vorlage entgegen getreten. Verursachte Verhältnisse zu schaffen, ist selbstverständlich die Aufgabe der gesamten Regierungspolitik in der Innen- und Außenpolitik, damit nicht nur das inländische, sondern auch besonders das ausländische Kapital sich langfristig und zu tragbaren Bedingungen bereitfindet, für den Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft eingesetzt zu werden. Die

Selbstführung einer allgemeinen Verfügung in der Politik

ist das Erheblichste, was die Reichsregierung überhaupt zum Wiederaufbau der Wirtschaft beitragen kann. Ich darf bei dieser Gelegenheit, so umfassen die einzelnen Schritte der deutschen Außenpolitik sein mögen, auch feststellen, daß das verfloßene Jahr sichtbar und wir- tliche Fortschritte in der Befriedung Europas und der Welt gebracht hat. Selbstver- ständlich ist das Ziel der Befriedung erst erreicht, wenn auch die zweite und dritte Rheinlandzone geräumt ist. In der Zwischenzeit ist auf der Grund- lage des Abkommens von Locarno nach verschiedenen

Richtungen eine Erleichterung des Befriedungsdruckes erreicht worden, die freilich besonders hinsichtlich der Zahl der Befriedungsgruppen auch die Note der Befriedungs- konferenz vom November vorigen Jahres noch nicht ver- wiesen hat. Die Vorgänge in Genf haben, ob- wohl der Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund nicht vollzogen ist, die grundsätzliche Entwicklung friedlichen Wiederaufbaus nicht abgebrochen.

Wenn die deutsche Regierung entschlossen ist, auf diesem Wege allgemeiner Friedensfestigung fortzuführen, so ist dafür auch ihre Ueberzeugung maßgebend, daß so dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands am wirkungsvollsten geholfen wird. Hier liegt der Haupt- beitrags des Staates, damit auf der anderen Seite die Wirtschaft ihre Aufgabe, den Staat zu tragen, erfüllen kann. Die Wirtschaft des Staates zu Gunsten der Wirtschaft darf sich indessen bei den heutigen Verhält- nissen in der Erfüllung dieser Grundaufgabe nicht er- schöpfen. Zwar dürfen wir auf keinen Fall in den großen Zeitraum der Nachkriegszeit

zurückverfallen, daß der Staat durch Aufträge die Wirt- schaft am Leben halten, also von sich aus die Wirtschaft tragen könne. Dagegen kann der Staat, wie es ja auch geschehen ist, dahin wirken, daß bei Zureilung der großen öffentlichen Aufträge die Konjunkturverhält- nisse berücksichtigt werden.

In der Vorkriegszeit hatten wir eine blühende Volkswirtschaft, an der alle Völker teilhatten. Die damalige Blüte war durch einen organischen Werdgang erreicht. Im Gegensatz dazu besteht jetzt ein Zustand, der durch Verschiebung der Staatsgrenzen die wirtschaftlichen Zusammenhänge zer- rissen und die Gebiete ungehemmten inneren Warenaustausches verkleinert hat. Diese politische Realstellung hat, und zwar viel- leicht mit einer inneren Notwendigkeit, dazu geführt, daß fast überall der Versuch gemacht wird, die Wirt- schaft nach Möglichkeiten zur sogenannten Au- tarchie zu bringen, also dahin, daß der innere Markt alle Bedürfnisse deckt, und zu diesem Zweck hohe Zoll- mauern aufzurichten. Auch Deutschland hat zur Ab- wehr gegen solche Bestrebungen sich in der Zollgrenz- festsetzung das Werkzeug geschaffen, um Handelsver- tragsverhandlungen führen zu können. Ganz selbstver- ständlich ist dabei, daß gerade Deutschland von sich aus alles tut, um die Ernährung des eigenen Volkes aus dem eigenen Boden sicherzustellen. Es ist nicht nur ein Ge- bot der Selbsthaltung, daß das von wirt- schaftlichen Mächten umgebene Deutschland, sondern ein- fach eine logische Folge aus den bei Beendigung des Weltkrieges geschaffenen politischen Zuständen, daß

die deutsche Politik nach einer Stärkung des inneren Marktes drängt.

Es wird deshalb auch gerade in den Kreisen des In- dustrie- und Handelstages auf größtes Verständnis ge- rufen, wenn ich die Absicht der Reichsregierung, der Landwirtschaft in ihrer Bedrängnis nach Mög- lichkeit zu helfen,

hier nochmals unterstreiche. Wir müssen gleichzeitig alles tun, um uns in den weltwirtschaftlichen Warenaustausch so stark wie irgend möglich wieder einzufügen. Hierfür eröffnen sich zunächst drei Wege: Das sind die Handelsverträge, das sind die all- gemeinen Bestrebungen auf internationale Ver- bindung, wie sie in der Arbeit der internationalen Handelskammer und in der letzten eröffneten Weltwirt- schaftskonferenz zum Ausdruck kommen, und das sind die besonderen

privaten Verständigungsmaßnahmen, wie z. B. auf den Gebieten des Kali und der Glühlampen bereits zu einem Ergebnis geführt haben, auf anderen Gebieten sich im Zustande ernsthafter Verhandlung be- finden. Es kann nicht deutschen Interessen entsprechen, deutsche private Verständigungsmaßnahmen zu ver- hindern, wenn es auch selbstverständlich ist, daß hierbei gehörige Verhandlungen im engen Zusammenhang mit der deutschen Regierung geführt werden müssen, damit sie in das Gesamtbild und ihren internationalen Handels- beziehungen eingegliedert werden können. Wie not- wendig das Bestreben derartiger Wege ist, kann am Beispiel der Kohle gezeigt werden. Auch wenn in ab- sehbare Zeit eine Deckung des Kohlenverbrauchs ein- tritt, so erscheint es doch ausgeschlossen, daß

die ungeheure Spanne zwischen Weltkohlenbedarf und Förderfähigkeit des Weltkohlenbergbaues durch eine Senkung des Verbrauchs in den nächsten Jahren auszugleichen wäre. Nun hat Großbritannien im vorigen Jahre sich entschlossen, den Kohlen- bergbau staatlich zu unterstützen. Die britischen Aus- fuhrpreise sind stark gesunken. Naturgemäß mußte Deutschland den britischen Preisen folgen. Beide Länder haben also in den letzten Monaten in Form zu billiger Kohlenpreise nicht nur eigenes Volk- vermögen verschwendet, sondern ebenfalls durch diese billigen Kohlenpreise die Wettbewerbsfähig- keit dritter Länder erhöht. Ich begrüße es deshalb außerordentlich, daß der Bericht der Royal coal- commission die Weiterentwicklung von Staatsunter- stützung auf das schärfste ablehnt. Handelt es sich bei diesem Beispiel um die Kohlenwirtschaft um einen wenn auch sehr bedeutenden Sonderfall, so steht doch im Mit- telpunkt der Regierungspolitik das Bemühen um den

Abschluß von Handelsverträgen, die den Warenaus- tausch fördern. Deutschland hat dabei nach aller Kraft das Seine getan, um den Grundgedanken der Weltbegünstigung wieder zur Geltung zu bringen. Ich verlege mir, auf Einzelheiten einzugehen. Nur den einen allgemeinen Umstand will ich hervorheben, daß wir leider immer wieder auf eine Gegenfähigkeit bei der Förderung der Ausfuhr mit der Förderung des Innenmarktes stoßen. Das unvermeid- liche Nebeneinander der Stärkung unseres inneren Marktes und unserer Ausfuhr veranlaßt sich hier in einer geradezu tragischen Weise oft in ein Gegen- einander. Hier allmählich einen Ausgleich zu finden, ist unter all den großen Schwierigkeiten der deutschen Politik ohne Zweifel eine der größten. Auch im Gebiet des eigentlichen Wirtschaftlichen handelt es sich nicht darum, den früheren Zustand wiederherzu- stellen, denn auch die wirtschaftlichen Aufgaben, die Deutschland in der Welt zu erfüllen hat, haben sich nicht unerheblich vergrößert.

Die Steigerung der Produktionsfähigkeit aller Länder wirkt sich dahin aus, daß immer mehr Länder ihren Eigenbedarf selbst zu decken unternehmen. Unter den Schwierigkeiten, die dadurch für die alten Ausfuhr- länder entstehen, spielt bei Deutschland die Verschärfung seiner Rohstoffgrundlage, darunter der beziehe- liche Mangel an Kolonialland, eine ständige Rolle. Allgemein wird für die Ausfuhrländer eine Lage geschaffen, wie sie zur fortschreitenden Um- stellung ihrer Ausfuhrindustrie auf die Herstellung von Produktionsmitteln verweist. Unter den Aufgaben der deutschen Regierung steht die Befähigung voran,

im benachbarten Ausland neue Absatzmärkte für deutsche industrielle Erzeugnisse, namentlich Pro- duktionsmittel, zu schaffen.

Die Reichsregierung hat in der bekannten Weise bis zu einer bedeutenden Höhe eine Ausfallbürgschaft über- nommen. Die Verhandlungen über die Finanzierung im allgemeinen sind noch nicht abgeschlossen, können aber hoffentlich bald abgeschlossen werden. Finanzsoll für das Reich ist gleich befristet, aber grundsätzlich viel be- deutungsvoller die Beteiligung des Reiches an dem Ausfuhrzins des deutschen Exporteurs. Er kommt für Deutschland hier grund- sätzlich zwei verschiedene Formen in Betracht, einmal der

Plan, wonach der ausländische Importeur der Begün- stigung unterliegt; dieser Plan ist dem bisher erfolgten Abschluß zugrunde gelegt. Daneben wird von Hamburger Ausfuhrkreisen der andere Plan betrieben, wonach der deutsche Exporteur einer Begünstigung durch die Ver- sicherungsanstalten unterliegen soll mit dem Ziele, ihm allgemein die Inanspruchnahme größerer Ausfuhrkredite zu ermöglichen. Es ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß beide Pläne nebeneinander zur Ausführung kommen. Gar keinem Zweifel kann aber unterliegen, daß alle diese Maßnahmen eine dauernde Grundlage für den internationalen Geschäftsverkehr nicht abgeben können. Die Reichsregierung will wie aus meinen bisherigen Darlegungen erhellt, bewußt dem Ziele nahe

die deutsche Ausfuhr nach aller Tüchtigkeit steigern. Ebenso selbstverständlich aber ist, daß die Ausfuhrfähig- keit nicht durch eine unbegründete Hochhaltung der In- landspreise, also durch eine Verdrängung des deutschen Volkes, gewonnen werden darf.

Eine durchgreifende Lösung wird erst dann erzielt werden, wenn auf dem Gebiete der Erzeugungsstoffen alles geschehen ist, um sie so niedrig wie nur möglich zu halten. Nach dieser Richtung hat das Reich einen grundsätzlichen bedeutungsvollen Schritt getan, indem es sich zu einer

Steuerentlastung

entschloß, die bis an die Grenzen des Möglichen heran- ging. Auch einer Verminderung der Verwal- tungsaufgaben muß mit aller Kraft erstrebt werden. Besonders in dem Sinne, daß die Kapitalien, die wir aus dem Inland und Ausland der Wirtschaft neu zu- führen können, im weitestgehenden Maße erst für wirt- schaftliche Zwecke verwendet werden. Bei solcher Ver- trachtung wird es sicher möglich sein, die bei weitem größte Zahl der Streitpunkte zwischen den verschiedenen wirtschaftlichen Kräften, besonders auch zwischen Arbeit- gebern und Arbeitnehmern, zu lösen.

Nach alledem Mitglied des Reichswirtschaftsrates halte ich noch immer an der Hoffnung fest, daß der Reichswirtschaftsrat eine geeignete Stelle ist, von der aus zum Nutzen des ganzen Volkes allgemeine Volkswirtschaftspolitik ge- trieben werden kann. Was ich im Verkehr zwischen den einzelnen Kreisen des Wirtschaftslebens für erforderlich halte, muß auch im Verkehr der Wirtschaft mit den öffentlichen Gewalten gelten.

Die Preisentlastung der Reichsregie- rung hat nicht den ungeteilten Beifall aller Wirtschaft- kreise gefunden. Das ist erfolglos geblieben, sei, kann nur behaupten, der der Regierung politisch entgegen- treten will. Hat die Aktion aber Erfolg gehabt, so ist schon damit ihre Rechtfertigung gegeben. Bei aller An- erkennung des Grundgedankes, daß sich in der Preisent- lastung Wirtschaftsgesetze auswirken, handelt es sich doch gerade darum, das freie Spiel eben dieser Wirt- schaftskräfte nicht durch Uebernahme von Sonderbedin- gungen in unzulässiger Weise hemmen zu lassen. Da- neben ist es nur ein Teil vertrauensvoller Zusammen- arbeit zwischen Regierung und Wirtschaft, wenn die Regierung auch ihrerseits den Wirtschaftskreisen zu- rufen, jeden Aufwand auf eine wirtschaftliche Notwen- digkeit nachzuprüfen.

Die Reichsregierung kann viele dieser Fragen von sich aus seiner Lösung zuführen, bei anderen nur Hilfe- stellung gewähren. Sie begrüßt und unterstützt die Arbeit des Reichskuratoriums für Wirtschaftspolitik. Wir wol- len durch unsere Arbeit und durch unser Vortreten auf engste Zusammenarbeit mit den Wirtschaftskreisen

die Ueberzeugung fassen und wachrufen, daß es wirklich wieder aufwärts geht.

Solche Ueberzeugung ist auch begründet, weil die An- zeichen für ein Vorankommen deutlich erkennbar sind, das sich zwar langsam entwickelt, aber nunmehr auf hoffnungsvoller Bahn.

Nach der mit Beifall aufgenommenen Rede des Kan- zlers sprach Präsident Franz v. Wendelssohn die Hoffnung aus, daß das Steuer der Politik des Deutschen Reiches noch lange in den bewährten Händen Dr. Brüning's bleiben möge.

Handelsminister Dr. Schreier

überbrachte die Grüße der preussischen Staatsregierung. Er warf einen Rückblick auf das vergangene Jahr der Rationalisierung der deutschen Wirtschaft und betonte, daß das kommende Jahr das Jahr der Rationalisierung der Verwaltung werden müsse, um dadurch eine weitere Senkung der öffentlichen Lasten möglich zu machen.

Die Preußenstimmen im Reichsrat.

Preussischer Landtag.

§ Berlin, 28. April.

Der Landtag stimmte in der Schlussabstimmung dem Gesetzentwurf zu, der die auf Grund der letzten Wahlen neu auf Preußen entfallende

27. Reichsratsstimme

der Führung des Staatsministeriums unterwirft. Es folgt der mündliche Bericht des Verfassungsaus- schusses über die Ministerialverordnung betr. die Be- stellung von Mitgliedern des Reichsrates durch die Provinzialverwaltungen von Ober- und Niederschlesien. Der Landtag stimmte dieser Verordnung zu.

Nächster Beratungsgegenstand war die zweite Ver- ratung eines Initiativgesetzentwurfes der Deutschen Volks- partei, der Demokraten und der Sozialdemokraten über die Bestellung von Mitgliedern des Reichsrates durch die Provinzialverwaltungen.

Dieser Kompromissantrag bestimmt, daß im Falle der Behinderung jedes Reichsratsmitglieds ver- pflichtet ist, mit der Stellvertretung seinen ge- wählten Vertreter oder eines der vom Staats- ministerium gestellten Mitglieder zu beauftragen. Die wichtigste neuzuschaffende Bestimmung ist, daß in der Wahlung die Stimmen Preußens gemäß der Entscheidung der Vorberatung einheitlich durch ein vom Staatsministerium bestimmtes Mitglied ab- gegeben werden, es sei denn, daß sich mehr als zehn Stimmen der Provinzialvertreter in der Minderheit be- finden haben.

In der allgemeinen Besprechung lehnt Abg. Baedeker (Dn.) die Kompromissfassung ab. Desgleichen Abg. Oppenhoff (S.) und Abg. Vieker (D. Hannoveraner).

Abg. Fall (D.) erklärt, es müsse vermieden werden, daß wie bisher des öfteren die preussischen Stimmen im Reichsrat sich gegenständig aufheben und Preußen dadurch im Reichsrat weit hinter kleineren Ländern des deutschen Reiches mit seinem Einfluß zurückbleibt.

Abg. Dr. von Campe (D. Vst.) betont, in der Reichsverfassung sei es Preußen freigestellt worden, die Stimmabgabe seiner Provinzialvertreter im Reichsrat allein zu regeln. Es sei ein Unikum, daß ein großer Staat sich weniger zur Geltung bringen solle, als der kleinste.

Die Abstimmungen finden später statt. Das Haus setzt die Beratung des Landwirtschaftshaushalts bei der Einzelberatung fort.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Semmler (D. Nf.) erklärt der Minister Dr. Stelger den Zuckerzoll für ausreichend.

Das Haus unterbricht um 2 Uhr die weitere Ein- zelberatung zur Annahme der zurückgestellten Ab- stimmung. Bei der namentlichen Abstimmung über die Reichs- ratsvorlage stellte sich die Beschlussfähigkeit des Hauses heraus. Deutschnationale, Zentrum und Deutsch-Hannoveraner beteiligten sich an der Abstim- mung nicht. Damit ist dieser Gegenstand erledigt.

Verlangt unsere Zeitung auf den Bahnhöfen und in den Zeitungsverkaufsstellen!

In der sofort einberufenen neuen Sitzung wird die Vorlage über die Vertretung zu den Verwaltungs- gerichten im wesentlichen nach den Ausschluß- beschlüssen endgültig angenommen.

Es folgen die Abstimmungen zum Wohlfahrts- haushalt. Zunächst finden die Abstände von etwa 2 Mill. die Zustimmung des Hauses.

Der Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung auf Auflösung des Wohlfahrtsministeriums

wird gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Beim Kapitel „Wohnungs- und Siedlungs- wesen“ wird u. a. der Ausfuhrantrag angenommen, daß die Landtagsbeschlüsse zur Hebung der Wohnungs- baulastigkeit beschleunigt durchgeführt wür- den. Im übrigen wird der Etat nach den Ausschluß- beschlüssen in zweiter Lesung verabschiedet.

Bei den Abstimmungen zur zweiten Lesung des Haushalts der Gutsverwaltung findet u. a. der Ausfuhrantrag Annahme, der einen besser ausrei- chenden Füllstand für Pferde verlangt.

Es folgen die Abstimmungen der zweiten Lesung des Domänenetats. Das Haus stimmt diesem Etat im wesentlichen nach den Ausschlußbeschlüssen zu und nimmt eine Reihe von Anträgen zu Gunsten der Päch- ter und Ziedler, insbesondere in den nördlichen und östlichen Grenzbezirken, an.

Dann wird die Einzelberatung des Landwirt- schaftsetats fortgesetzt.

Nach kurzer Debatte wird die Einzelberatung des Landwirtschaftsetats beendet.

Um 7 Uhr vertagt sich der Landtag auf Donnerstag 12 Uhr.

Tagesordnung: Erste Lesung des Notetats, zweite Beratung des Verfassungsetats.

Die nächste Reichsratsitzung.

× Berlin, 28. April. Für die Sitzung des Reichs- rats am 29. April sind u. a. folgende Punkte vorge- sehen: Entwurf eines Gesetzes über das Zusatzabkom- men vom 8. April 1926 zum deutsch-französi- schen Handelsabkommen vom 12. Febr. 1926, Entwurf eines Gesetzes über das deutsch-portu- giesische Handelsabkommen vom 20. März 1926, Entwurf der Ausführungsbestimmungen zum Reichs- bewertungsgesetz für die Veranlagung 1925 und 1926, Entwurf der Ausführungsbestimmungen zum Körperschaftsteuergesetz vom 10. August 1925, Entwurf der Ausführungsbestimmungen über den Steuerabzug vom Kapitalertrag, Entwurf einer vierten Verordnung zur Durchführung des Münz- gesetzes, Entwurf eines zweiten Gesetzes über den Volksentscheid, Entwurf eines Gesetzes über den deutsch-österreichischen Konventionsvertrag, Mit- teilung des Reichsministers des Innern über die Vor- lage des Entwurfs eines Gesetzes über die Entgei- gung der Führer von Minderheiten und Mitteilung des Reichsministers über Stellenbesetzung im Reichsversicherungsamt.

Die Untersuchung der Femeemorde.

× Berlin, 28. April.

Der Femeunterprüfungsausschuss des Reichstages hielt am Mittwoch wieder eine Sitzung ab. Eingegangen ist ein Schreiben des „Wehrwolf“, worin diese Or- ganisation es als ungebührliche Beilegung erklärt, in die Femeemorduntersuchung hineingezogen zu werden.

Auf der Tagesordnung stand die Untersuchung des Falles der Ermordung des Studenten Bauer aus Rostock, der der Organisation „Wächterbund“, München, angehört und im März 1923 von einem Mit- glied dieser Organisation, dem Studenten Flindau, erschossen worden ist, weil er angeblich Verrat geübt haben soll.

Während der erste Berichterstatter Abg. Dr. Schäfer (Dnt.) erst später auf Grund des Studiums der Akten seinen Bericht erstatten wird, berichtet heute der zweite Berichterstatter Dr. Levi (Soz.) eingehend über die ganze Angelegenheit, die bereits durch eine Gerichtsver- handlung vor dem Münchener Volksgericht einigermaßen geklärt worden ist. Das Volksgericht hat Flindau zum Tode verurteilt. Der Untersuchungsaus- schuss des Reichstages wird nunmehr durch Vernehmung von Zeugen Klarstellen versuchen, ob es sich in Mün- chen um eine Femeorganisation gehandelt hat. Die nächste Sitzung findet voraussichtlich Ende nächster Woche statt.

Wetterbericht



ERKLÄRUNG: ☁ wolkenlos, ☁ halber, ☁ dicker, ☁ wolkig, ☁ bedeckt, ☁ Regen, ☁ Schnee, ☁ Dunst, ☁ Nebel, ☁ Gewitter, ☁ Hagel, ☁ Stille, ☁ sehr leicht, ☁ leicht, ☁ schwach, ☁ mäßig, ☁ frisch, ☁ stark, ☁ still, ☁ stürmisch, ☁ voller Sturm, ☁ heftige Regen, ☁ mit dem Winde, die eingezeichneten Linien (Isobaren) verbin- den die Orte mit gleichem Luftdruck. Die neben den Orten stehenden Zahlen geben die Lufttemperatur an.

Esien, 28. April. Das Hochdruckgebiet über Nordost- europa hält stand, während Unregelmäßigkeiten in der Luftbewegung über Mitteleuropa und dem Kanal fortbestehen. Letztere verursachen in Deutschland heute morgen im allgemeinen wolkiges Wetter bei schwachen Luftbewegungen mit Temperaturen zwischen 7 und 10 Grad. Vorhergesagt bis Freitag: Zeitweise auflockernd bei wechselnder Bewölkung, höchstens vereinzelt geringe Regenfälle, Temperaturen wenig ge- ändert, schwache Luftbewegungen, frühzeitig leichte Ge- witterneigungen.

sen.

BILDER VOM TAGE

29. April



Ein Schützenvereins-Veteran.

Nach in „unseres Herrgotts Bettende“, wie der verdorbene Dozent für Germanistik und Volkstunde an der Universität Münster, Prof. Dr. Jofes, das Münsterland wegen der vielen Regenwochen nannte, gibt es recht alte und dabei gesunde Leute. Der Veteran Joseph

Kiewerth aus Groß-Nelen, Kr. Bielefeld, ist geboren am 1. November 1833, Kriegsteilnehmer von 1864, 1866, 1870/1, und feiert noch jedes Jahr als Marschall das Krieger- und Schützenfest mit. Daneben zeigt unser Bild seinen Sohn und Enkel als Adjutanten.



Eines der malerischen Wasserchlösser Westfalens.

Westfalen, besonders sein nördlicher Teil, das Münsterland, ist das klassische Land der malerischen Wasserburgen. In ganz Deutschland findet man nirgendwo so viele und so malerische Wasserburgen auf einem gleichem verhältnismäßig kleinen Fleck Erde zusammengebrängt,

wie hier. Unser Bild zeigt Burg Gemen bei Bielefeld. Sie ist größtenteils Landsbergischer Besitz. Sie stammt in ihren ältesten Teilen aus dem 14. Jahrhundert, ist aber im 17. Jahrhundert zum Teil umgebaut worden.

Religion und Kultur.

Von Dr. Gregor Köster.

Die geistige Situation des deutschen Katholizismus ist nach dem Kriege scharf und eindringlich zum Gegenstand des Nachdenkens gemacht worden. In privaten Kreisen sowohl wie in der Öffentlichkeit, in dem einsamen Zimmer sowohl wie in großen Versammlungen, ebensooft war der Gegenstand einer Rede wie einer Abhandlung. Besonders beachtet worden sind die Bücher von Hermann Gesele: „Der Katholizismus in Deutschland“, Carl Schmitts, namentlich auch in der Sammlung: „Der katholische Gedanke“ erschienener „Katholischer Katholizismus und politische Form“, Karl Vorrmanns Heinrichs bereits in 2. Auflage vorliegende Schrift: „Das Gesicht des deutschen Katholizismus“ und Peter Wusts Schrift: „Die Rückkehr aus dem Exil“. Man wird (mit Unrecht meiner Ansicht nach) allen diesen Schriften nachsehen können, daß sie zu sehr in der geistigen Sphäre verweilen, daß sie zu wenig Rücksicht nehmen auf die Sphäre des Blutes, der Wirtschaft, der sozialen Stellung. Fraglos könnten wir auch hier gründlichere Untersuchungen durchaus vertragen, denn die geistige Problematik und Bedeutung der deutschen Katholiken hängt eng zusammen mit der wirtschaftlichen Lage und der sozialen Stellung. Nicht umsonst ist ständig die Paritätsfrage erörtert. Auch hier müßten theoretische Untersuchungen dem praktisch politischen Willen Rückhalt geben und Stütze. Aber dennoch sind die geistigen Dinge ausschlaggebend. Ich kann hier auf England hinweisen und die Lage des englischen Katholizismus. Einzige die Gestalt des großen Cardinals Newman hat hier mehr bewirkt, als noch so große Veränderungen im Politischen und Sozialen. Damit ist natürlich nicht die Sphäre des Politischen und Sozialen negiert, sondern in ihrem Eigenwert durchaus anerkannt und betont. Ein Genie, das die Aufmerksamkeit und Beachtung im Philosophischen, Theologischen und Weltethischen auf sich zieht, schafft aber dem Katholizismus mehr Luft als die mühsame und natürlich durchaus notwendige Arbeit vieler Kleinen. Wichtig ist, daß die Sphären nicht vermischt werden und daß man demütig seine Grenzen erkennt und sieht. In Frankreich ist es gerade so. Der französische Katholizismus der Gegenwart lebt auch nicht so sehr durch soziale Geltung, vielmehr durch eine Reihe geist-



Eine Weinstube, die politischem Ziele dient.

Politik wurde schon häufig in Weinstuben gemacht. Doch die kürzlich in Berlin eröffnete Tiroler Weinstube ist sicherlich die erste, die gegründet wurde, um politischem Ziele dienlich zu sein. Die Einnahmen dieser Weinstube,

welche durch den Ausschank des feurrigen Peruvians und des milden Ausländers erzielt werden, sollen den Tiroler Deutschen als materielle Hilfe zusetzen. Unser Bild zeigt diese Weinstube.

ler und weitsehender Denker und Dichter. Ich erwähne hier nur Jacques Maritain, den Philosophen, und Paul Claudel und Francis Jammes, die Dichter, die den Gegnern und Feinden des Katholizismus rein durch ihre Existenz keine Ruhe lassen, die den französischen Geist und den Katholizismus gleichzeitig in einer hohen Form repräsentieren. Nicht war es darum von Seiten der oben erwähnten Schriftsteller in Deutschland und von Seiten des katholischen Akademikerverbandes, immer und immer wieder auf die hohe Bedeutung der Denker, Dichter und Gelehrten für die Lage des deutschen Katholizismus aufmerksam zu machen und sie heranzuziehen: ich will hier nur erwähnen den Theologen Karl Adam, den Weltanschauungsprofessor Romano Guardini, den Polemiker und Pamphlisten Theodor Haeder, den großen, leider jetzt abgefallenen Philosophen Max Scheler, den Staatsrechtler und Philosophen Carl Schmitt, den philosophischen Publizisten Peter Wust, den Benediktinerabt Adolph Herwegen, den Literaturwissenschaftler Günther Müller und manche andere.

Hier aber tauchte auch das Problem nach dem Zusammenhang des Geistes mit dem Religiösen auf, nach dem Verhältnis von Religion und Kultur. Wir nun das Praktische von dem Geistigen isolieren wollte und über das Geistige erheben, so auch das Geistige vom Religiösen und über das Religiöse. Hier liegt eine der wichtigsten Fragestellungen. Gottfried Haenelamp versucht in seiner Schrift: „Religion und Kultur“ hierauf eine Antwort. Nicht von irgend einem trüben und ganz unethischen Kulturpessimismus sind seine Gedanken getragen, seine Lösung der Frage ist vielmehr katholisch-thomistisch. Sie wendet sich gegen eine fast dualistische Lösung der Frage, wie sie von den Modernen angestrebt wird, bei denen die Kultur eine sehr viel größere Selbständigkeit hat, als bei den Modernen. „Es verteidigt, ohne Umstände gesagt, nichts anderes als eine heilige Denkwelt, wofür wir in den Kräfte dieser Welt die Kräfte sehen für die Freiheit unserer Zeit.“ Die geistige Welt empfängt ihren vollen Sinn und ihre ganze Kraft erst aus der Uebereinstimmung. Dabei gilt es gerade auch für den geistigen Katholiken und den Katholiken, der die Bedeutung der Kultur für die gegenwärtige Lage des deutschen Katholizismus klar erkennt, sich einfach und vorbehaltlos in die Kirche zu stellen und sich ihrer weisheitsvollen Führung zu beugen, damit die Kräfte und Gaben der Religion die Kultur bestimmen, leiten und erheben. „Der Weg, den wir gehen müssen, ist schmal, aber er führt auf einen Gipfel, auf dem sich unsern Augen die heilige Gabel der übernatürlichen Wirklichkeit erschließt. Hier wird der Seele das Brot der übernatürlichen Grundheit gebrochen, das alle entbehren müssen, die auf der breiten Straße des Kulturkampfes den Weg des Verderbens gehen. Auf das Leben mit der Kirche kommt es an. Dann wird der deutsche Katholik erfahren, was das ist.“ Mit der Kirche müssen wir obers und unten und das Brot des neuen Lebens brechen. Das ist alles. Dann wird unsere

Seele mit Klarheit und Frieden erquickt und wir werden unserer Tätigkeit und Mühen froh in aller Unkraft des Lebens. Wir werden die Tätigen sein, ohne in Gefahr zu kommen, uns zu verlieren.“

Nur von der Kirche aus können wir Religion und Kultur in die geistigste Ordnung bringen und wir können die Kultur bejahen, ohne die Religion zu verlieren, und die Religion lieben, ohne die Kultur zu verachten und aufgeben zu müssen.

Kleine Mozart-Geschichten.

Von Christoph Rehner.

Nicht amüsant ist die Geschichte, wie Mozart gezwungen wurde, zu komponieren. Er wohnte während seines Aufenthaltes in Prag in der Villa des ihm befreundeten Kunstsammlers Dusek, bei denen er auch einige Nummern des „Don Juan“ komponierte. Zu dem Part dieser Villa gehörte ein Hügel, auf dessen Gipfel sich ein Pavillon befand. In diesen sperrte eines Tages Frau Dusek den großen Mozart ein und erklärte ihm mit schelmischen Lächeln, sie würde ihn nicht eher freilassen, bis er ihr die Arie „Mia fiamma, addio“ geschrieben hätte, die er ihr versprochen habe. Mozart fügte sich; um sich aber zu rächen, brachte er in der Arie verschiedene Schwierigkeiten in tonisierende Uebergänge an und drohte der Komponistin, er werde die Arie sofort vernichten, wenn es ihr nicht gelänge, das Werk aus dem Stegreif fehlerlos zu singen. Ein Glück, daß Frau Dusek gut bei Stimme war, sonst hätten wir den Verlust dieser lebenswichtigen Arie zu beklagen.

Mit ungerührter Ruhe sehen wir, daß Mozart auch noch in seiner Sterbestunde rastlos tätig war. Seine Schwägerin Sophie Weber berichtet an Wien darüber: „Da war Süssmayr bei Mozart am Bette. Dann lag auf der Decke das bekannte Requiem und Mozart erläuterte ihm, wie seine Meinung sei, daß er es nach seinem Tode vollenden soll.“ Sein letztes Wort war noch, wie er mit dem Munde die Pausen in seinem Requiem ausdrücken wollte; das höre ich jetzt noch.“

Auch Kaiser Josef 2. trat mit Mozart häufig in nächtliche Verbindung, so bei der Aufführung des „Don Juan“ in Wien, der dort weniger starken Beifall fand als in Prag. Der Kaiser sagte zu dem Textdichter Lorenz da Ponte: „Die Oper ist vortrefflich und wahrscheinlich noch schöner als Figaro, aber sie paßt halt nicht für die Gaumen meiner guten Wiener.“ Als Mozart von diesem Gespräch erfuhr, sagte er: „O, da muß man ihnen eben nur Zeit geben, sie gut zu lauten.“

Zuletzt sei noch ein Zeitungsanruf wiedergegeben, zu dem jeder Kommentator wahrhaftig überflüssig ist. In der „Leipziger Zeitung“ vom Jahre 1782 stand zu lesen: „Ein gewisser Mensch, namens Mozart, hat sich erdrechelt, mein Schauspiel „Belmont und Konstanze“ zu einem Opernwerk zu verumwandeln. Ich protestiere hiermit feierlichst gegen diesen Eingriff in meine Rechte und behalte mir alles weitere vor.“ (Moz: Der Schacht.)

Rundschau.

Ohne Stenographie kein Shakespeare.

Daß es eigentlich die Stenographie gewesen ist, der wir den Besitz des genialen Lebenswerks von Shakespeare verdanken, das ist wohl manchem noch nie zu Bewußtsein gekommen; um so weniger, da es ja überhaupt nicht allgemein bekannt sein dürfte, daß die Kurzschrift bereits eine so alte Erfindung des Menschengeschlechtes ist. Zu Shakespeares Zeit erschienen dramatische Werke überhaupt nicht im Druck — Bühnenskizzen galten nicht als Literatur! Sobald der Bühnendichter, der, wie es auch bei Shakespeare der Fall war, fast immer selber Schauspieler war, seine Dichtung zu Papier gebracht hatte, so wurde sie, in die verschiedenen Rollen ausgeschrieben, unter die Schauspieler zum Auswendiglernen verteilt. Daher kommt es auch, daß wir kein einziges handschriftliches Werk von Shakespeare mehr besitzen. Auch von keinem anderen Dramatiker seiner Zeit hat sich auch nur ein Blättchen erhalten. Ganz abgesehen davon, daß man es damals für unmöglich gehalten hätte, Theaterstücke drucken zu lassen, fürchteten die Verleger auch, den Theaterbesuch dadurch zu vermindern, wenn das Publikum die Stücke gedruckt selber lesen könnte. Unternehmungslustige Buchverleger aber stellten eigene Kurzschriftschreiber an, die die Vorstellungen besuchten und ihren Inhalt nach Möglichkeit nachstenoγραφieren mußten. Diese Raubniederschriften, die, wie Thomas Heywood, ein anderer hervorragender Theaterdichter jener Zeit, etwas übertrieben klagt, „kaum ein einziges wahres Wort“ enthielten, erschienen dann in Buchform zum allgemeinen Verkauf. Es sind dies die sogenannten „Quartos“, die einzige Quelle, aus der spätere Shakespeareforscher schöpfen konnten. Wenn es gewiß schmerzhaft zu beklagen ist, daß — nach dem Urteil von Eduard Engel — „wir schwerlich auch nur eines der Shakespeareschen Dramen nach seiner Handschrift, keines ohne große Entstellungen des echten Textes besitzen“, so müssen wir uns immerhin doch damit trösten, daß uns ohne die Kurzschrift jener Stenographen aus dem elisabethanischen Zeitalter überhaupt kein einziges Stück des größten Dramatikers überliefert geblieben wäre.

★

Amerikanische Bibliotheken in Europa.

Burton Stebensohn, der Direktor der Amerikanischen Staatsbibliothek, plant die Errichtung amerikanischer Bibliotheken in mehreren europäischen Ländern, namentlich solchen, deren Bibliotheken nicht sehr ausgebildet sind. Den Grundstock zu dieser propagandistischen Schenkung sollen 7 bis 8000 Bände bilden, von denen die Staatsbibliothek Doubletten besitzt. 150 Städte sind vorgemerkt, und zwar in der Tschechoslowakei, Spanien, Italien und auf dem Balkan.



Ein Gedankenregistrierapparat.

Prof. Wladimir Bektjereff, der berühmte Physiker der Universität Leningrad, hat einen Apparat konstruiert, mit dem er die menschlichen Gedanken registrieren will. Bektjereff geht von der Ueberlegung aus, daß durch die Hirntätigkeit gleichsam Wellen ausgesandt werden, die man etwa wie die Wellen, die beim Sprechen entstehen, durch hochempfindliche Apparate aufzeichnen kann. Die Erfindung Prof. Bektjereffs hat in Gelehrtenkreisen begründete Sensation erregt und allgemein wartet man mit Spannung auf die Versuche, die der Professor in nächster Zeit noch anstellen will.



Der Mann, der 400 Millionen jährlich für Reklame ausgibt.

Unser Bild zeigt Bill B. Hays, den Beherrscher der gesamten Filmindustrie in den Vereinigten Staaten, der im vergangenen Jahr nicht weniger als 100 Millionen Dollars für Reklamewecke ausgegeben hat. Bei einem Festessen des Werbe-Kongresses in New York erklärte er, daß diese Reklamewecke durchaus nützlich angesehen sei, denn es ist schließlich festgestellt worden, daß im letzten Jahr jeder Mensch im Amerika durchschnittlich 67 Mal im Kino gewesen ist. Er beabsichtigt, in diesem Jahr wiederum dieselbe Summe für Propaganda auszugeben.

Aus dem Kreise Ahaus.

Ahaus, 29. April.

Der hiesige Kreisrat hat am 28. April d. J. eine Sitzung abgehalten. Der Vorsitzende, Herr Bürgermeister, eröffnete die Sitzung mit dem Bericht über die Tätigkeit des Rates im vergangenen Jahr. Der Bericht wurde einstimmig angenommen. Der Rat beschloß, die Tätigkeit des Rates im kommenden Jahr zu beschleunigen und die Verwaltung zu vereinfachen. Der Rat beschloß auch, die Tätigkeit des Rates im kommenden Jahr zu beschleunigen und die Verwaltung zu vereinfachen.

Der Rat beschloß auch, die Tätigkeit des Rates im kommenden Jahr zu beschleunigen und die Verwaltung zu vereinfachen. Der Rat beschloß auch, die Tätigkeit des Rates im kommenden Jahr zu beschleunigen und die Verwaltung zu vereinfachen.

Der Rat beschloß auch, die Tätigkeit des Rates im kommenden Jahr zu beschleunigen und die Verwaltung zu vereinfachen. Der Rat beschloß auch, die Tätigkeit des Rates im kommenden Jahr zu beschleunigen und die Verwaltung zu vereinfachen.

Der Rat beschloß auch, die Tätigkeit des Rates im kommenden Jahr zu beschleunigen und die Verwaltung zu vereinfachen. Der Rat beschloß auch, die Tätigkeit des Rates im kommenden Jahr zu beschleunigen und die Verwaltung zu vereinfachen.

Der Rat beschloß auch, die Tätigkeit des Rates im kommenden Jahr zu beschleunigen und die Verwaltung zu vereinfachen. Der Rat beschloß auch, die Tätigkeit des Rates im kommenden Jahr zu beschleunigen und die Verwaltung zu vereinfachen.

Der Rat beschloß auch, die Tätigkeit des Rates im kommenden Jahr zu beschleunigen und die Verwaltung zu vereinfachen. Der Rat beschloß auch, die Tätigkeit des Rates im kommenden Jahr zu beschleunigen und die Verwaltung zu vereinfachen.

Der Rat beschloß auch, die Tätigkeit des Rates im kommenden Jahr zu beschleunigen und die Verwaltung zu vereinfachen. Der Rat beschloß auch, die Tätigkeit des Rates im kommenden Jahr zu beschleunigen und die Verwaltung zu vereinfachen.

Der Rat beschloß auch, die Tätigkeit des Rates im kommenden Jahr zu beschleunigen und die Verwaltung zu vereinfachen. Der Rat beschloß auch, die Tätigkeit des Rates im kommenden Jahr zu beschleunigen und die Verwaltung zu vereinfachen.

Der Rat beschloß auch, die Tätigkeit des Rates im kommenden Jahr zu beschleunigen und die Verwaltung zu vereinfachen. Der Rat beschloß auch, die Tätigkeit des Rates im kommenden Jahr zu beschleunigen und die Verwaltung zu vereinfachen.

Der Rat beschloß auch, die Tätigkeit des Rates im kommenden Jahr zu beschleunigen und die Verwaltung zu vereinfachen. Der Rat beschloß auch, die Tätigkeit des Rates im kommenden Jahr zu beschleunigen und die Verwaltung zu vereinfachen.

Der Rat beschloß auch, die Tätigkeit des Rates im kommenden Jahr zu beschleunigen und die Verwaltung zu vereinfachen. Der Rat beschloß auch, die Tätigkeit des Rates im kommenden Jahr zu beschleunigen und die Verwaltung zu vereinfachen.

Der Rat beschloß auch, die Tätigkeit des Rates im kommenden Jahr zu beschleunigen und die Verwaltung zu vereinfachen. Der Rat beschloß auch, die Tätigkeit des Rates im kommenden Jahr zu beschleunigen und die Verwaltung zu vereinfachen.

Der Rat beschloß auch, die Tätigkeit des Rates im kommenden Jahr zu beschleunigen und die Verwaltung zu vereinfachen. Der Rat beschloß auch, die Tätigkeit des Rates im kommenden Jahr zu beschleunigen und die Verwaltung zu vereinfachen.

Der Rat beschloß auch, die Tätigkeit des Rates im kommenden Jahr zu beschleunigen und die Verwaltung zu vereinfachen. Der Rat beschloß auch, die Tätigkeit des Rates im kommenden Jahr zu beschleunigen und die Verwaltung zu vereinfachen.

Der Rat beschloß auch, die Tätigkeit des Rates im kommenden Jahr zu beschleunigen und die Verwaltung zu vereinfachen. Der Rat beschloß auch, die Tätigkeit des Rates im kommenden Jahr zu beschleunigen und die Verwaltung zu vereinfachen.

Der Rat beschloß auch, die Tätigkeit des Rates im kommenden Jahr zu beschleunigen und die Verwaltung zu vereinfachen. Der Rat beschloß auch, die Tätigkeit des Rates im kommenden Jahr zu beschleunigen und die Verwaltung zu vereinfachen.

Der Rat beschloß auch, die Tätigkeit des Rates im kommenden Jahr zu beschleunigen und die Verwaltung zu vereinfachen. Der Rat beschloß auch, die Tätigkeit des Rates im kommenden Jahr zu beschleunigen und die Verwaltung zu vereinfachen.

Der Rat beschloß auch, die Tätigkeit des Rates im kommenden Jahr zu beschleunigen und die Verwaltung zu vereinfachen. Der Rat beschloß auch, die Tätigkeit des Rates im kommenden Jahr zu beschleunigen und die Verwaltung zu vereinfachen.

Vorstand im Angelegenheit der vorliegenden Nummer bekannt gibt.

Gronau, 29. April. Jenseits der Grenze. Die Gemeindeverwaltung von Enschede stellte an den Enscheder Bauverein für den Bau von 43 Wohnungen 140.000 Gulden Zuschuß zu 5 Prozent bereit. Die in der Jakobusstraße zu Enschede für Nichtstahlbauten gehaltenen Vorträge der Dominikaner bezeugen, wie der vorgelegte stark besuchte Abendvortrag noch bezeugt, regem Interesse. Nach den Vorträgen wird jedesmal von der Gelegenheit des persönlichen Gedankenaustausches mit den Vätern im Pfarrhaus rege Gebrauch gemacht. — Ab 1. Juli d. J. werden die Personentaxen auf den niederländischen Eisenbahnen wesentlich herabgesetzt werden. Die Ermäßigung beträgt für die erste Klasse etwa 25 v. H., für die 2. Klasse etwa 23 v. H., für die 3. Klasse etwa 20 v. H. Auch die Tarife für Gesellschaftsfahrten sowie der Gepäcktarif werden ermäßigt.

Gronau, 29. April. Heute abend Frau Schulte Blum in der Konfordia. Zum 2. Male wird sich am heutigen Donnerstag abend 7½ Uhr „Frau Schulte Blum“ vorstellen. Das wird manchen und manche veranlassen, die Schritte heute abend zur Konfordia zu tun, um sich zu ergötzen an dem würdevollen Volkstümlichkeit mit seinen schlagenden Tendenzen und deren Vergleichen die in der Sprache des lieben Plattdeutschen helles, sprudelndes Leben wecken. Also gehe man hin, man kommt auf seine Kosten!

Gronau, 29. April. Viehmarkt am gestrigen Mittwoch. Aufgetrieben waren 400 Ferkel, 9 Läufer Schweine, 1 Hind. Der Preis für 6 Wochen alte Ferkel bewegte sich zwischen 35—45 M. Käufer folgten 60—80 M. Der Handel war flott; es verblieb nur ein geringer Ueberbestand.

Gronau, 29. April. Unglücksfall. Aus Kranenhaus eingeliefert wurde ein Arbeiter, der in der Spinnerserei Eilermar in das Getriebe einer Maschine geraten war und sich dabei eine schwere Kopfverletzung zuzog.

Gronau, 29. April. Selbstmordversuch. Gestern morgen gegen 7 Uhr wurde in Münster auf dem Feldwege zwischen der Warendorfer Straße und dem Projektionsweg ein Mann mit einer Kopfverletzung aufgefunden und in das Clemenshospital gebracht. Nach den vorgefundenen Papieren handelt es sich um den Kollektanten B. aus Gronau wohnhaft Broof, der aus Schwermut Gebrauch von der Waffe gemacht hat.

Gronau, 29. April. Briefe und Postkarten nach dem Auslande werden noch häufig nach den Gebühren der Postzeit freigegeben, obgleich die gegenwärtigen Gebühren schon wiederholt durch die Zeitungen veröffentlicht worden sind. Da aus der Abwendung solcher unzureichend freigegebenen Sendungen sowohl dem Absender als auch dem Empfänger beträchtliche Nachteile erwachsen können, empfiehlt es sich, auf die richtige Freimachung dieser Sendungen besonders zu achten. Die innerdeutschen Gebühren kommen im Verkehr mit dem Auslande nur nach der freien Stadt Danzig, nach Litauen und dem Memelgebiet sowie nach Luxemburg und Österreich zur Anwendung. Ermäßigte Auslandsgebühren bestehen im Verkehr mit der Schweiz, Schweden und Ungarn. Nach dem übrigen Auslande (einschl. Polnisch-Ober-Schlesien und der sonstigen an Polen abgetretenen ehemaligen preussischen Gebiete) heften die Gebühren für Briefe bis 20 v. H. (für jede weiteren 20 v. H.), Postkarten 15 v. H., Druckfachen je 50 v. H., Geldstücke je 50 v. H., (Mindestgebühr 25 v. H.), Warenproben je 50 v. H. (Mindestgebühr 10 v. H.), Eilsendungen 50 v. H. Alle Post- und Telegrammgebühren sind aus der vom Reichspostministerium herausgegebenen, bei sämtlichen Postanstalten zum Preise von 10 Pf. käuflichen Uebersicht zu ersehen.

Gronau, 29. April. Kundgebung des Ortsrats der christlichen Gewerkschaften. Die christl. Gewerkschaften veranlassen, wie auch in früheren Jahren, am 1. Mai in der „Concordia“ eine Kundgebung, verbunden mit Theater, Konzert und Einzelvorträgen. Als Redner wird Herr Bezirksleiter Heese aus Münster erscheinen und über das Thema „Die Stellung der christlichen Gewerkschaften zu den Tagesfragen der Gegenwart“ reden. Der lustige Einakter „Der Krämerkorb“ von Hans Sachs, Konzertvorträge usw. werden den übrigen Teil der Veranstaltung angenehm gestalten, sodass den Mitgliedern der christl. Gewerkschaften und ihren Angehörigen ebenso belehrende wie gemüthliche Stunden bevorstehen.

Aus dem Münsterlande.

Münster, 28. April. Von der Regierung. Regierungsdirektor v. Gizeki in Gumbinnen ist nach Münster versetzt und zum Mitgliede des Bezirksausschusses, sowie zum Stellvertreter des Regierungspräsidenten im Vorst. dieser Behörde mit der Amtsbezeichnung „Verwaltungsdirektor“ ernannt worden.

Burgsteinfurt, 28. April. Kreis-Krieger-Verbandsrat. Am nächsten Sonntag nachmittags 3 Uhr findet im großen Saale des Ritterschen Saalges eine zweite diesjährige Vertreter-Verammlung der dem Kreis-Verbande angehörenden Krieger-Vereine statt. In dieser Vertreter-Verammlung wird der Vorsitzende des Westfälischen Kriegerbundes, Aufsichtsrat L. B. F. aus Münster, sich eingehend über Zweck und Ziel des Westfälischen Landes-Krieger-Verbandes sprechen und schließlich die Vereine zum Anschluß an den Ritterschen-Bund zu veranlassen. Auch die Jugendbewegung in den Krieger-Vereinen soll besprochen werden. Zu dieser großen Verammlung am 2. Mai sind alle Mitglieder der Krieger-Vereine also nicht nur die Vertreter, eingeladen. Vor und nach der Verammlung ist Preischießen für alle Gäste.

Koske bei Bienen, 28. April. Von der Anlage der gefährlichen Körperverletzung freigesprochen. Der Müller-Wilhelm Schwa. war mit 2. nach einer Feststellung aneinander geraten. Im Laufe der Schlägerei, brachte Schwa. seinem auf ihm liegenden Gegner zwei Messerstiche in den Arm und einen Bruchstich, der die Lunge verletzte. Bei der Schöffengericht in Münster sprach in Einigkeit der Rottge der Schwa. den Angeklagten frei.

Mittelstandsausschusstagung zur Sonntagsruhe.

Die Forderung der Wirtschaft rief am 21. April 1926 den Aussch. der sämtlichen Bezirke Westfalens zu einer wichtigen Sitzung in Münster zusammen. Stellungnahme zur weiteren Regelung der Frage der Sonntagsruhe. Sämtliche Vertreter befanden sich einmütig, daß es außerordentlich bedauerlich wäre, daß die Bestimmungen des Herrn Regierungspräsidenten an Grund des Erlasses des Herrn Ministers v. v. betr. Sonntagsruhe einige gewerbliche Betriebe außer Acht gelassen seien, so z. B. Buchhandel, Uhrmacher, Sattler und Polsterer, Konfektions- und Tabakwarenhandlungen.

Der Aussch. beschloß nach längerer Aussprache, durch eine Kommission von Landwirten und Gewerbetreibenden beim Herrn Regierungspräsidenten vorstellig zu werden, um ihn von der Notwendigkeit zu überzeugen, den Verkauf von sämtlichen Waren an Sonn- und Feiertagen unbedingt statzugeben. Es würde ungerecht, wenn die eine Erregung innerhalb der Wirtschaftskreise entfielen, wenn nicht auch für die Gewerbetreibenden der Warenverkauf an den Sonntagen gestattet wäre, deren Spezialartikel in Gemüthwarenhandlungen zu kaufen sind, denen eine zweifelhafte Verkaufszeit zu lasten ist.

Der Syndikus, Herr Dr. Gillejan, Ahaus, gab den einmütigen Standpunkt der großen Kreistagung wieder und erklärte, daß es eine einstimmige Forderung dieser

Tagung gewesen sei, daß es Angelegenheit der örtlichen Verwaltungsorgane bleiben müßte, die zweifelhafte Verkaufszeit festzulegen. Diese Forderung wurde vom gesamten Aussch. nicht nur angenommen, sondern monoton betont, daß in sämtlichen anderen Kreisen dieselbe Forderung bestände.

Unverkennbar erschien dem Aussch. die Nichtfrei-gabe des Warenverkaufs an den Sonntagen während der Wintermonate. Man war der Ansicht, daß man an gesetzgebender Stelle wohl nicht genügend über die tatsächlichen Verhältnisse der Landkreise orientiert sei und man ergab sich der Hoffnung, daß nach reichlicher Klärung der Verhältnisse die Regierung zur Ueberzeugung kommen dürfte, daß auch für die Wintermonate der Verkauf und Kauf sämtlicher Wirtschaftswaren an Sonn- und Feiertagen für die Landkreise eine Lebensnotwendigkeit sei und sie dieser Ueberzeugung gebührende Rechnung trägt.

Betrachtungen zur Melioration des Dinkeltales Nienborg-Heek.

Von prakt. Landwirt Große-Böding.

Wohl selten im Laufe der Jahraufende hat der Regelsstand der Erregung über die Regulierung der Dinkel eine so bedrohliche Höhe angenommen, wie es zur Zeit der Fall ist. Es erscheint nämlich in Nr. 38 des „Westf. Münsterländer Anzeigers“ ein Artikel, welcher auf der Basis, dessen Ausführungen wir nicht unbedingtenfalls lassen dürfen. Dem Herrn Referenten ist offenbar wohl nicht ganz wohl zu Mut, denn er weiß ganz genau, daß es eine sehr schwere Sache ist, bei der Kritik der Dinkelplanvorlage die Angelegenheiten in einem Richte darzustellen, daß sich keine Gegenstände herausfinden, welche die Ausführung des Planes gefährden könnte, denn wie er sich ausdrückt, in seinem Bestreben Unrichtigkeiten in einem früheren Bericht von Heel richtig zu stellen, geht er gleich der Sache um den heißen Brei, in welchem Bogen um den Kern der Sache herum, um ja nicht mit dem Schwierigkeiten, die der Ausführung des Planes beigestellt sind in Konflikt zu geraten, dabei passiert ihm natürlich das Maß, daß er in seinen geistreichen Ausführungen über Zapfloch und Spundloch und Haarröhrenanordnung wesentliche Momente, die bei der Planausführung wohl zu beachten sind, unterschlägt. Sollten wir Landwirte dem Herrn Referenten, in seiner leichtfertigen Bilanz zur Rentabilitätsberechnung in allen Wägen seiner Fanta-sie durch das Dinkeltal hindurch mit unserm Geldbeutel zu begleiten, so würden wir uns zwar nicht eines Morgens durch das Stauwehr gepöbelt finden — aber wir würden eines schönen Tages im Dinkeltal begegnen, in einer Situation, wo der Aktionator die strafften Geldbeutel einer Selbstprobe unterzieht — vielleicht, daß dann am bitteren und biden Ende dem Herrn Referenten Gelegenheit geboten wird, aus der Konfusions-masse heraus, sein Schicksal als Ausgleich für seine Bemühungen ins Trockene zu bringen und sich im Dinkeltal ein bißchen anfällig macht, denn es ist anzunehmen, daß der Herr Referent zu jener Menschenklasse gehört, die bislang im Dinkeltal nichts zu suchen, geschweige denn, bei der Planausführung etwas zu riskieren oder zu verlieren haben; mag doch der Herr Referent wohl fiktive Bürger der Dirschaften vorhanden wären, die bei dieser Planvorlage nicht einen Heller zur Trockenlegung der Dirschaften zu zahlen hätten, darum scheint sogar System darin zu liegen, die schöne Sache der Dinkelregulierung und Trockenlegung der Dirschaften nur allein auf die in Frage kommenden Grundbesitzer abzuwälzen, denn es ist eine zweifelhafte bequeme und angenehme Beschäftigung aus dem Leder anderer Leute Nerven zu schneiden.

Es ist zu behaupten, es gibt keine Dinkelregulierung, die den beteiligten Grundbesitzern irgend welchen Nutzen brächte, denn die winterliche Bewässerung des Herrn Referenten haben wir ganz von selbst ohne Anlage der vielen Tausenden, welche die kostbare Fortführung des Herrn Referenten verschlingen würde. Außerdem spielt eine Dinkelregulierung, zurzeit katastrophaler Schneeschmelze und Vollenbrüche durchaus nicht die Rolle, die ihr zugemessen wird; im Gegenteil, es gibt keine Dinkelregulierung, welche die Dirschaft von der Hochwassergefahr befreien kann, das bedingt eben die Eigenart der Lage von Nienborg, das Wiegold liegt nämlich im Dinkeltal selbst aufgebaut, wer diese Behauptung nicht glauben will, der begeh sich zurzeit des Hochwassers zu dem benachbarten Drie Epe, dort kann er am Ausgang des Dorfes, wo Chaussee das Dinkeltal durchschneidet, in dem Gebiet, wo die Dinkel nach allen Regeln der Kunst reguliert ist, seinen Kahn zu Wasser lassen, und fahren ohne Boosten, ohne Furchen zu mühen auf eine Sandbank zu schwimmen, das Dinkeltal hindurch bis vor die Staustufe Nienborg und darüber hinaus nach Heel, nur muß er gewärtig sein, daß er in tiefem Wasser die Strömung zu schwimmen, in den tiefen Wasser stehenden Drabstücken hängen bleibt. — Auf dieser Fahrt wird man sich überzeugen haben, daß Nienborg nur durch einen entsprechenden Damm und Schaffung eines Dinkeltalrings in gleichem Ausmaße wie die Dinkel die Wassermassen in das unterhalb liegende Stauende schaffen hilft, hier unten, kann die gelbe Flut tummeln und ihre Pfannen während der Stauung auf das Wiegoldgelände abladen. Solche Wassermassen in das Flußbett der Dinkel zu hängen, wäre in erster Linie unmöglich und zweitens in Bezug auf den wirtschaftlichen Nutzen töricht — wer lacht da — welcher Dinkelgrundbesitzer freut sich denn nicht, wenn die Dinkel im Winter die Wiegen überschwemmt? Die Vannung der Wassermassen in die Ufer der Dinkel würde aber die Gefahr für die Dirschaft bedeutend vergrößern, und hier könnte die Fantasie des Herrn Referenten eines schönen Morgens sich durch das Stauwehr hindurchgepöbelt wieder zu finden, zur Wahrheit werden. Denn es kann keine Dinkel geschaffen werden, welche imstande ist, Wassermassen aufzunehmen und fortzubewahren, wie folches das ganze Dinkel-Sammelbecken vermag. Wir Landwirte können deshalb wohl dem Gedanken einer streckenweisen Entwässerung, wo es notwendig ist, nicht abtreten, nicht aber, wie der Herr Referent meint, einer Dinkelregulierung zur Trockenlegung der Dirschaft. Unterhalb Nienborg ist es der sogenannte Rindach und Schepers-graben usw., oberhalb Nienborg die Räumung des Wiegoldgeländes alles bringen werden, was uns eine mit ungeheuren Kosten verbundene Dinkelanlage des Herrn Referenten vermag. Dabei müßte die Donau in ihrem unteren Lauf an der Stelle der Mündung in die Dinkel abzuweichen und zum Dinkeltal erweitert die über-schüssigen Wassermengen der Dinkel abnehmen und mit größter Schwindigkeit in das unterhalb liegende Tal wälzen. Würde dann zu gleicher Zeit das Mühlenwehr geöffnet, so find die Wassermassen der Hochwassergefahr für den Ort erspöht. Selbstverständlich müssen die Durchlässe im Bahndamm, um Heel zu entlasten, entsprechend durchgehört werden. Solche Maßnahmen werden bewirken, daß der Blumenteeppich des Herrn Referenten im Dinkeltal verschwindet, und seine Begriffe über leitende Bodenschichten und Haarröhren-Anordnung würden in ungeheurer Veredlung, das heißt in denkbar glänzender Weise in Erscheinung treten, dadurch, daß sie fide Gräber und Kleantien hervorzuzaubern. Von diesem Standpunkte aus betrachtet ist die Planvorlage, soweit sie die Dinkelregulierung betrifft, für uns Landwirte ein sehr dornenvoller Weg, den wir wandern sollen. In der Zeit des schwersten Niederganges sehe ich diesen Weg besetzt mit den Trümmern vieler häuslicher Höfe. Schon in früherer Verammlung ist darauf hingewiesen worden, daß es für die Landwirte ein sehr gefährliches Spiel ist, sich auf dem Wege zur Boden-kultur einem Verfahren anzuschließen, daß nur die

KRIEGER- EHRUNG.

Bürger von Ahaus u. Ameln,
denkt an eine würdige Ehrung
der im Weltkrieg gefallenen
Söhne unserer Gemeinden.
Der Denkmals - Ausschuss

Trockenlegung der Dirschaften zum Ziel hat. Ich stelle fest: Nur prozentual die großen Menschenmassen bringt das Areal an Bodenfläche zur Durchführung des Planes zusammen. Darum ist die gegenwärtige Bilanz der Bodenschichten gegeneinander im Verhältnis zum wirtschaftlichen Plangängen unzulässig, sie führt zu tragischen Folgen und endigt im Armenhaufe. Die großen wirtschaftlichen Flächenverbände der Landwirte bilden den ruhenden Pol in der Erscheinung der Flucht. Darum muß aus diesen Flächenverbänden heraus eine tragbare Basis zur Planumsetzung gebildet werden. Das ist nur möglich durch Teilung des Planes zu Interessengruppenverbänden. Dabei soll die Zweckmäßigkeit der Trockenlegung der Dirschaften keineswegs bestritten werden.

Turnen - Sport - Spiel.

Spiel- und Sportverein Epe 1912.

Der Spiel- und Sportverein 1912 feiert am Sonntag, den 2. Mai 1926 sein 15. Stiftungsfest. Im Jahre 1912 kamen einige Leute zusammen. Das erste Fußballspiel in Epe wurde auf der Wiese des Herrn Schlamann ausgetragen. Durch den unglücklichen Krieg verlor der Verein aber bald seine Existenzfähigkeit. Nach dem Kriege erst konnte der Verein wieder zur neuen Mitte erheben. Er wurde dann auch Mitglied des Westfälischen Spielverbandes. Als Sportplatz konnte man den jetzigen „Preußen“-Sportplatz (Küsterfeld) gewinnen und mancher Verein mußte hier die Spielfläche des hiesigen Vereins fühlen. Dann erhielt der Sp. u. Sp. Verein als Spielfeld den jetzigen Platz bei Hörmann an der Nienborger Chaussee. Im Jahre 1924 wurde dem Verein der Name „Spiel- und Sportverein 1912 Epe“ verliehen. Der Verein verfügt augenblicklich über eine ansehnliche Spielfläche. Am Sonntag wird dem Eper Publikum wieder ein hochinteressanter Sport geboten, darum versäume niemand, diesen drei Spielen beizuwohnen. Während der Spiele wird die hiesige Kriegervereinskapelle mit Konzerten aufwarten. Mit höchster Spannung wird das Spiel K. C. „Vorwärts“ Gronau 1. Liga, gegen den Sp. u. Sportverein 1. Epe erwartet, da „Vorwärts“ Gronau ein alter Hase des Sp. u. Sp. Vereins ist und diese beiden Mannschaften schon schwere Kämpfe geliefert haben. Außer diesem Spiel wird noch ein Diplomspiel zwischen den Vereinen Sp. B. Rheine und Sp. u. Sp. Verein Epe 2. Epe ausgetragen und ein Pokalspiel des K. C. „Union“ Burgsteinfurt und K. C. „Preußen“ Borsdorf 1. Epe. Ueber die Aufstellung der Mannschaften werden wir noch näher in der Samstagsnummer berichten.

Redaktionsbriefkasten.

D. 101. Der Pflichtteil ist die Hälfte des gesetzlichen Erbteils. Liegt kein Testament vor, so erbt ein Kind neben dem Ehegatten gesetzlich drei Viertel.

Dudu. 1. Die Verpflichtung zur Zahlung der Wohnungsmiete wird durch Arbeitslosigkeit nicht aufgehoben. 2. Die Unterhaltspflicht richtet sich immer nach der Leistungsfähigkeit des Unterhaltspflichtigen. 3. In beiden Fällen müssen Sie sich die fälligen Beträge stunden lassen.

Nr. 450. Den Fall hat der Vermieter zu entscheiden, der sich Ihren Vorstellungen nicht verschließen wird.

Gansfa. Besprechen Sie die Angelegenheit mit dem Grundbuchamt bzw. der Aufwertungsstelle.

N. B. 70. In der damaligen Zeit waren 100 Mark gleich 150 Gm. Eine Silbermark hatte also nur noch Silberwert. Dieser Wert ist auch dem Verhältnis zum Dollar zugrunde zu legen.

G. Sch. R. Die Arbeitslosenunterstützung tritt dann in Kraft. Wenden Sie sich an das Arbeitsamt.

S. B. Sie können nur etwas unternehmen, wenn Ihnen nicht bekannt war und nicht bekannt sein mußte, daß nur ein Anspruch in Höhe der Prämienreserve besteht.

Geschäftliches.

Der heutigen Ausgabe unserer Zeitung liegt ein Prospekt bei, mit welchem die Firma Verlagsbuchhandlung W. Schmidt, Duisburg, Ludgerstr. 16, zum Bezug der Zeitschrift „Babachs Praktische Damen- und Kinder-Moden“ einladet. Die „Praktischen Damen- und Kinder-Moden“ mit ihrem großen Schnittmusterbogen ist das billigste große Frauen- und Familienblatt. Es bietet: einfache und geschmackvolle Modelle zur Selbstherstellung nach Babachs Schnittmustern, einen umfangreichen Unterhaltungsbeilagen mit spannenden Romanen, Rätseln, Novellen und Skizzen, Bilder aus Zeit und Welt, Küchenzettel und eine besondere Rubrik für Sprechstunde. Wir können jeder Hausfrau empfehlen, die „Praktischen Damen- und Kinder-Moden“ zu abonnieren.



Schuhwarenhaus A. Preiferowicz
Gronau-Westfalen, Ochtrupstraße 15

Ständig großes Lager
von einfacher bis zur elegantesten Ausführung
1a. Qualitäten
zu mäßigen Preisen

Börse und Politik.

**Vom rheinisch-westfälischen Wert-
papiermarkt.**

Berliner Börse.

Der allgemeine Aktienmarkt lag verödet bei Abschwächungen bis zu 3 Prozent. Kleine Umsätze hatten Uebinger Waggon, Faberwerk Rheidt und Rheinisch Westfälische Elektrizität Aktien aufzuweisen.

Kundschau.

Gesellschaften.

Märkte.

Berliner Produktenmarkt.

Amtl. Produktennotierungen in Berlin am 28. April 1926

(Für Getreide je 1000 kg, für die übrigen Artikel je 100 kg.)

Berliner Börse.

Amtl. Kurs.

		Geld 27./4.	Brief 27./4.	Geld 28./4.	Brief 28./4.
Wien-Wiener	1 Pf.	1.088	1.080	1.084	1.088
London	1 Pf. St.	20,388	20,450	20,397	20,440
Russ-Peter	1 Sol.	4.195	4.208	4.193	4.208
Pis de Janeiro	1	0.802	0.804	0.802	0.804
Amsterd.-Rot.	100 fl.	168,16	168,98	168,64	169,16
Brüssel-Wien.	100 fl.	15,146	15,180	14,93	15,20
Frankfurt	100 flm. A.	10,85	10,18	10,147	10,67
Staten	100 Rte	16,825	16,865	16,855	16,825
Amsterd.	100	7,39	7,41	7,39	7,41
Amsterd.	100 Rte	109,76	110,00	109,82	110,09
Oslo	100 Rte	90,81	90,83	91,02	91,24
Paris	100 fl.	13,085	14,025	13,90	13,84
Wien	100 Rte	12,417	12,467	12,417	12,457
Amsterd.	100 fl.	61,065	61,265	61,09	61,29
Oslo	100 Rte	3,044	3,054	3,044	3,054
Amsterd.	100 fl.	60,42	60,38	60,77	60,93
Amsterd.	100 Rte	112,21	112,55	112,29	112,57
Amsterd.	100 000 Rte	5,865	5,885	5,869	5,895
Wien St.-Peter.					
Oslo	100 Rte	58,80	58,34	58,23	58,30

Essener Börse.

Essen, den 28. April 1920

Bankhaus Ohnesorge, Paset Wolff & Co. Dortmund.

Oral Schwin	4400	48 30	Ellers	185	210
Heinrich	—	—	Ericksen	160	240
Hermann I	325	—	Felsenca	1150	150
Joh. Deimels	—	—	Friedrichsroda	170	135
König Ludwig	23000	25 20	Fürstenhall	3000	—
Langenbrahm	—	13500	Gebra	220	225
Richard I	—	—	Glückauf b. S.	650	6700
Schürh & Charl	—	—	Groß W. Ernst	—	—
Traupe	—	—	Glinthershall	140	100
Wier 1-III	470	—	Habitzro	650	750
Viktoria b. K.	—	—	Hansa Silberb.	200	270
Westfalen	—	2800	Heiligenmühle	70	—

Wilb Mevissen	2600
Adler-Aktien	20

Bankenb.-Act.	—	—	Heimoldshaus.	60	650
Carl-Fried.-Act.	3	—	Feldmünden I	160	180
Pahlbusch	81,5	83	Feldmünden II	800	850
Lothring.-Act.	55,5	57,5	Merla	1100	1150
Montania	—	—	Höringen	—	—
Niederrh.Bergb.	30	41	Hermann II	87,5	690
Präsident	—	—	Hildesflock	2100	1400
Wstf.Bgb.-Act.	—	—	Hindenburg	—	—
			Hohenfels	—	—
Braunkohle und			Hope	1125	1150
Verschiedene			Mülpstedt	640,2	670,2

Bellerhammer	1100
Bruckd. Nietleb.	4300

Quimmerode	—	—	Immenrode	—	—
Ute Hoffmann	22:0	22 1/2	Irmsgr.	302	3:50
Leonhardt	4200	a:00	Johanneshall	800	8:00
Lucherberg	460	—	Kaiseroda	9:50	9:00
Michel	5100	5400	Königsball	2100	7400
Orkarsaagen	—	200	Mariandück	13:0	—
Ostheim	—	—	Marie	—	17:0
Vesta	3000	—	Marie Louise	—	—
Zukunft Action	—	—	Max	—	—
Bernhardswall	—	—	Meimelshausen	200	22 1/2
Christine	80	—	Neurode	82:0	8:0
			Nennsollstedt	1050	—

Elisa-Cemt.	88
Mansfield. Act	—

Erzo				
Aspelbaumer	—	—	Ransbach	800
Bjelsenbach	—	—	Rattenberg	820
Flick	—	—	Reichskrone	840
Henriette	—	—	Reichland	1340
Wolfram	—	—	Reinhardtbrunn	860
			Richard	4200
			Rössing-Barante	—
			Rothenfelde	3300
			Sachs. Weimar	330
			Salzmünde	700
			Schwarzburg	1260

Hallesche Kali	11/
Mannov. Kali	46

Neildurg Vorz	71,2h	72	Volkenroda	232h	429
Kali-Industrie	—	—	Walbeck	210	419
Krögershall	99	101	Walter	240	460
Niedersachsen	—	63	Wielmshshall	200h	260
Ronnenberg	—	—	Wielmshshall O.	—	—
Salzdorth	—	—	Winterhall	45000	48000
Seidmshshall	—	—	Wintzingerode	—	10
Steinförde	—	—			
Teutonia	78,5	—			
Wittekind	28	00			
Bank, Landw	—	—			

Nächste Börse in Essen am 29. April 1926.

Verantwortlich für Handel und Wirtschaftspolitik:
Dr. jur. A. Gentel.

24. Maschke, V. A.	27. 6.	28. 4.		27. 6.	28. 4.
25. 73.	25,73	26,62		68	69.
26. Nuss Berger			lucht Aachen	122.	124
27. Rhein Stahlwerk	92.	92,70	Ver. Die Nickelw	231	237.
28. Rodgerstrassen	373	375.	Ver. Glanzf. Fab	124.	126.
29. Rombacher Hütte	3. 125	36,125	Ver. St. d. Znoen	72	73,75
30. Rührwerke	73,25	73	Wanderwerke	120,2.	120
31. Rühlmann	61,5	65	Wasslein Grubau	7. 2	143
32. Rüttel-Schokolade	131,7.	131,75	Wesseln Hübner	133	144
33. Sackl, Bergh u. Zink			Wessell Porzellan	130.	132
34. Schokoladfabr. Schult	17,0	17,25	Westerslein Alk	49,5	45
35. Schöner Hesse	57	57	West. El. u. Draht	111,5	110.
36. Schöner Herrg	81	81	Westf. Kupferw	46,7.	42
37. Schöner & Co	81	93	Wicklen Zement	125,5	125,75
38. Siemens Elek. Btr.	127	129,5	Wittener Unw		
39. Siemens & Halske	9.	6. 125	Wüstf. Waldbf		
40. Stahl Chem. Fab	38. 14.	38,14			
41. Thiel, Ca. Mont	91.	93			
42. Thöhr Kammerz	124,2.	126,5			
43. Thöwer Nal. masch	69.	61,75			
44. Thöwen Ber	70	75			
45. Thöwe Eisenhütte	82	82			

Marl's Ver Gela. 1 57.20

